

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

www.schweizerzeit.ch | 45. Jahrgang, Nr. 8, Freitag, 19. April 2024

Antizionismus ist Antisemitismus

2

Volksschule wohin?

18

Sicherheitsrisiko Grosswindräder

22



Staatlich vorgelebte Doppelmoral

Antizionismus ist Antisemitismus

von David Klein, Musiker und Journalist, Basel

Nach dem bestialischen Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 tobt weltweit ein unerbittlicher Kampf um die Deutungshoheit bezüglich des Nahostkonflikts. Auf der einen Seite stehen jene, welche über die notwendige Integrität und den moralischen Kompass verfügen, das Hamas-Blutbad kompromisslos zu verurteilen. Sie anerkennen Israels Recht auf Selbstverteidigung und unterstützen die Verpflichtung des jüdischen Staats, seine Bürgerinnen und Bürger vor islamistischem Terror zu schützen.



Auf der anderen Seite gibt es eine alarmierende Anzahl Menschen und Gruppierungen, die – vor allem in den sozialen Medien – den Konflikt im Nahen Osten mit antisemitischen Fake News aufmunitionieren. Sie verklären die mörderischen Hamas-Terroristen als «nationale Befreiungsorganisation» und rechtfertigen das Massaker als «legitimen Widerstand». Die Morde, Vergewaltigungen und

Entführungen werden entweder geleugnet oder unverhohlen bejubelt.

An den renommiertesten Universitäten weltweit wird mit dem sogenannten «Postkolonialismus» eine ahistorische und antijüdische Woke-Ideologie gelehrt, die die jüdischen Ureinwohner Israels – eine jüdische Präsenz in Israel kann bis auf mehr als 3'000 Jahre nachgewiesen werden – als «Kolonialisten» diffamiert. Ebenso wird der Zionismus, das Bestreben des jüdischen Volkes, selbstbestimmt in einem eigenen Staat zu leben, mit Rassismus gleichsetzt. Das wiederum hat zur Folge, dass an Uni-Vorlesungen jüdische Dozenten von propalästinensischen Aktivisten niedergeschrien und jüdische Studierende auf dem Campus attackiert werden.

Antisemitismus auf Höchstniveau

Vermeintlich friedensbewegte Hamas-Apologeten und Israelhasser fluten zu Hunderttausenden die Städte

und skandieren antisemitische Parolen, von denen man zumindest als Jude hoffte, sie nie mehr hören zu müssen. Zu einem proisraelischen Anlass tröpfeln gerade mal eine Handvoll Menschen. Antisemitismus ist weltweit auf einem Höchstniveau, auch in der Schweiz. «Wir haben hier nicht so viele Freunde», muss sich denn auch Ralph Levin, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG), eingestehen.

Angeheizt wird die antijüdische Stimmung von den Medien, die – das belegen zahlreiche Studien – grösstenteils eine propalästinensische Schlagseite haben und Israel, stellvertretend für alle Juden, unablässig an den Pranger stellen.

Widerlegte Schutzbehauptung

Dass die anhaltende Delegitimierung des einzigen jüdischen Staats dieser Erde einen antisemitischen Hintergrund haben könnte, weisen die verantwortlichen Redakteure und Journalisten selbstverständlich weit von sich. Sie wollen ihre obsessive Beschäftigung mit dem Judenstaat als «legitime Israelkritik» oder höchstens als «Antizionismus» verstanden wissen. Doch diese Schutzbehauptung hat der jüdische Philosoph Jean-Paul Sartre längst widerlegt: «Was der Antisemit wünscht und vorbereitet, ist der Tod der Juden. Natürlich verschleiert er seine Absichten, indem er sie als «Kritik an den Juden» bezeichnet, manchmal ist er sogar mit Juden befreundet. Aber das unverhandelbare Endziel ist und bleibt für immer die Vernichtung des gesamten jüdischen Kollektivs. Bis dieses Ziel erreicht ist, wird er mit seiner «Kritik an den Juden» nicht aufhören». Umgewandelt auf den sogenannten



VOLAND

genuss | kreation | baumerfladen.ch

Bestellen Sie ihren Baumerfladen
mit persönlichem Text in unserem Shop

baumerfladen.ch



Churz & Bündig

Der Bund wendet immer mehr Steuergelder für PR-Propaganda auf. Wie die «NZZ» berichtete, betrug 2017 die Ausgaben noch 78,6 Millionen Franken, mittlerweile sind es 110,5 Millionen – ein Plus von über 40 Prozent in wenigen Jahren. Alleine in den letzten fünf Jahren kamen im Kommunikationsbereich 55 Stellen dazu, gesamthaft sind es heute 414 Vollzeit-äquivalente. Wir finanzieren immer mehr PR-Akteure, die mit schönen Phrasen den Status Quo verwalten und sich die Verantwortung hin und her schieben. Es wird Zeit, den aufgeblähten Speckgürtel des Staatsapparats einer strengen Diät zu unterziehen.

al

«Antizionismus» und die von den Medien inflationär praktizierte «Israelkritik», bedeutet das: Was der Antizionist wünscht und vorbereitet, ist der Tod Israels.

Er verschleiert seine Absichten, indem er sie als «Israelkritik» bezeichnet, manchmal ist er sogar mit Israel befreundet. Aber das unverhandelbare Endziel ist und bleibt für immer die Vernichtung des gesamten

LACHEN VERBOTEN!



hf. Jeder gläubige Muslim muss bekanntlich mindestens einmal im Leben nach Mekka pilgern. Und für jeden Schweizer Patrioten gilt: Er sollte mindestens einmal pro Jahr Toni Brunners «Haus der Freiheit» (Landgasthof «Sonne» am Sonnenhang Wintersberg ob Ebnet-Kappel) besuchen. In jeder Beziehung empfehlenswert!

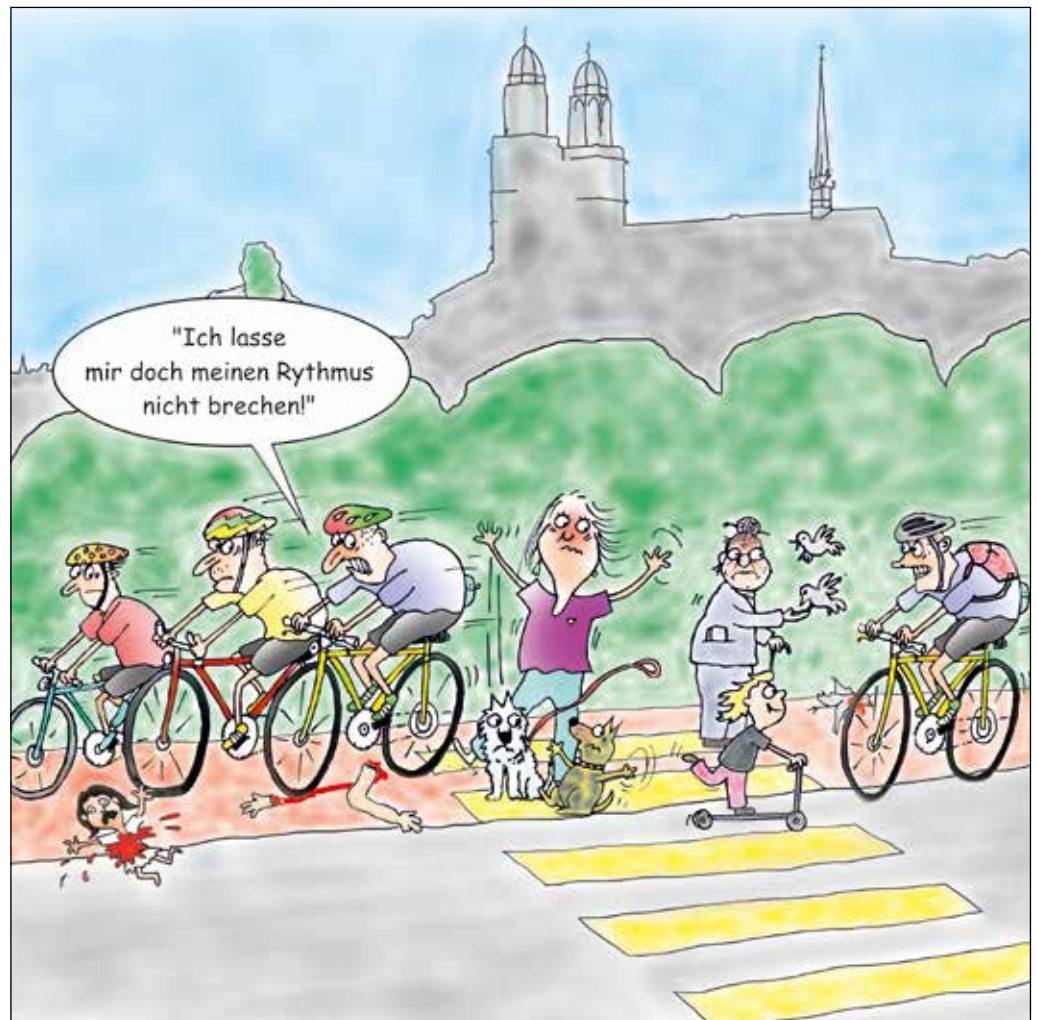
jüdischen Staates, sei es durch die Forderung nach einem Waffenstillstand im aktuellen Gaza-Krieg, das Recht des Iran auf atomare Bewaffnung oder durch das nirgends legitimierte «Rückkehrrecht» der Palästinenser, das Israel als jüdischen Staat zum Verschwinden bringen würde. Bis dieses Ziel nicht erreicht ist, wird er mit seiner «Israelkritik» nicht aufhören.

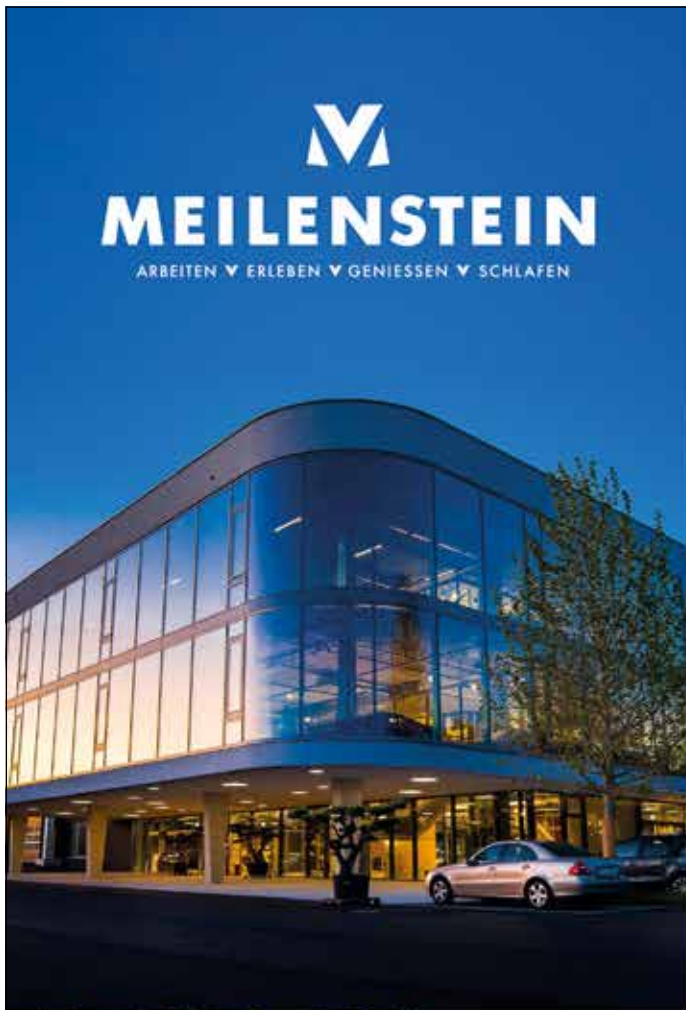
Einen Unterschied zwischen Antisemitismus und Antizionismus gibt es nicht. Während der Antizionist vorgibt, den jüdischen Staat als Feindbild zu haben, hasst der Antisemit die gesamte jüdische Gemeinschaft.

Fortsetzung auf Seite 5

Im rot-grünen
Zürich sind die
«Velofahrenden» König.

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel. 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 53 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



Nahezu jeder Antisemit ist gleichzeitig Antizionist, und viele Antizionisten werden mit der Zeit auch zu ganz gewöhnlichen Antisemiten.

Mordversuch durch einen eingebürgerten Moslem

Vor wenigen Wochen ist in der Schweiz passiert, was in Israel an der Tagesordnung ist: In Zürich wurde ein Schweizer – durch seine Kleidung als Jude identifizierbar – auf offener Strasse niedergestochen und lebensgefährlich verletzt. Der 15-jährige Täter, ein eingebürgerter Moslem mit tunesischen Wurzeln, wollte «so viele Juden wie möglich töten», aber auch «Ungläubige abschlachten». Das predigte Ahmed al-Dabbah (Ahmed das Biest) auf Arabisch in seinem Bekennervideo.

In den Redaktionen und Amtsstuben wird nun gewarnt, wie sich der Jugendliche «bei uns» derartig «radikalisieren» konnte. Dabei liegt die Antwort auf der Hand. Er hat sich nicht «bei uns» radikalisiert, sondern im Koran, bei fundamentalistischen Imamen und islamistischen Klerikern. Mit wenigen Klicks stösst man im Netz auf Imame, die gegen «Ungläubige» hetzen und den Mord an Juden predigen. Dabei berufen sie sich unter anderem auf die Hadithe, die Überlieferungen über den Propheten Mohammed, die den Koran ergänzen.

Staatlich vorgelebte Doppelmoral

Schweizer Politiker, vor allem SP, Mitte und Grüne, werfen nun die Hände und jammern: «Wie konnte das passieren?» Gleichzeitig stimmen sie für die Fortsetzung der Finanzierung des palästinensischen Uno-«Hilfswerks» UNRWA, das mit seinen antisemitischen Lehrmitteln nicht nur Generationen von arabischen Kindern und Jugendlichen zum Hass gegen Israel indoktriniert (viele der Hamas-Mörder vom 7. Oktober waren UNRWA-Schulabgänger), sondern es zuliess, dass die Hamas unter praktisch jeder Schule ihre Terror-Tunnels baute, Waffen lagerte und aus den Schulen oder dem direkten Umfeld Raketen abfeuerte. In dieser Atmosphäre staatlich vorgelebter Doppelmoral fällt Antisemitismus jeglicher Art auf fruchtbaren Boden.

David Klein

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Aufrichtig geläutert?



Die rekordhohe Zuwanderung in die Schweiz nimmt derart extreme Ausmasse an, dass mittlerweile selbst die Economiesuisse ein flaves Gefühl zu überkommen scheint. Sie, die «Einwanderungs-Extremisten», die jahrelang Millionen in die Abstimmungskämpfe für die Personenfreizügigkeit gebuttert und die unkontrollierte Masseneinwanderung als alternativloses Heilmittel für «die Wirtschaft» gepredigt haben, sind inzwischen ganz schön kleinlaut geworden.

Gegenüber «10vor10» äusserte Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder, dass die allgemeine Befindlichkeit zeige, dass die Schweiz «eine zu hohe und zu schnelle Zuwanderung» erlebe. Er glaube, «wir haben eine gewisse Grenze überschritten». Daher könne man nicht mehr der grenzenlosen Zuwanderung das Wort reden, sondern müsse respektieren, dass es Massnahmen brauche.

Die Fakten, die selbst Economiesuisse und Co. beschäftigen, sind tatsächlich alarmierend. So sind laut den neusten Zahlen von Anfang April im Jahr 2023 mehr als 260'000 Personen in die Schweiz eingewandert. Der Wanderungssaldo erreichte 2023 einen neuen Rekord: Es sind 142'300 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. Mittlerweile leben über 2,4 Millionen Ausländer in der Schweiz, was einem Anteil von 27 Prozent entspricht.

Kein anderes Land in Europa wächst schneller als die kleine Schweiz. Faktisch alle Probleme, unter denen unser Land leidet, sind auf die masslose, unkontrollierte Zuwanderung zurückzuführen: Steigende Kriminalität, explodierende Sozialkosten, Wohnungsnot, steigende Mieten und Krankenkassenprämien, sinkendes Niveau an unseren Schulen, Staus und überfüllte Züge und Busse.

Nun können selbst die Wirtschaftsverbände nicht mehr leugnen, dass es so einfach nicht mehr weiter gehen kann. Offen ist nur: Geben sich die Zuwanderungs-Turbos von einst – unter Zugestehung eigener Fehleinschätzungen – aufrichtig geläutert? Reichen sie der SVP die Hand und sichern sie verbindlich zu, gemeinsam eine Lösung für eine sofortige Begrenzung der Masseneinwanderung (z. B. mit der jüngst eingereichten SVP-Nachhaltigkeitsinitiative) auszuarbeiten?

«An ihren Früchten werdet Ihr sie erkennen», heisst es in der Bibel. Man kann gespannt beobachten, ob die Economiesuisse bereit ist – um bei der Bibel zu bleiben –, «das goldene Kalb» namens Personenfreizügigkeit zu schlachten.

Anian Liebrand

Spalte
rechts

Schurwollbettwaren + Massivholzbetten Bestes Schlafklima für jedermann!



- Massivholzbetten in über 60 Design
- **fanello** - Naturbettsystem
- Naturlatexmatratzen
- Schurwollduvets und -Kissen
- antirheumatische Bettauflagen
- BIO-Bettwäsche
- Wolldecken, Bettfelle
- Schurwoll - Handwebteppiche

Spycher-Handwerk AG
Schaukarderei Huttwil



www.kamele.ch

062 962 11 52

Sind Sie zufrieden mit ihrer Bettdecke?

Schwitzen Sie stark oder wird es ihnen zu warm unter der Decke und Sie decken sich immer wieder ab?

- Schweizer Schurwoll-Duvet
- warm im Winter / kühl im Sommer
- temperaturegulierend
- feuchtigkeitsausgleichend

Lassen Sie sich durch unser Fachpersonal beraten.

Alle Standard-Grössen ab Lager lieferbar!



Islam-Indoktrinierung und sexuelle Aufklärung in der Schule

Lehren eines Lehrers

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Unser Interviewpartner ist ein erfahrener langjähriger Lehrer an verschiedenen Schweizer Schulen. Zum Schutz vor Repressalien muss er anonym bleiben.



SZ: Wie erleben Sie Ihre muslimischen Schüler?

Lehrer: Ich stelle eine bedenkliche Indoktrination mit falschen Fakten fest, einen Mangel an Dialogbereitschaft. Kritik am Koran und an Mohammed ist tabu, die Bibel wurde gefälscht, die Juden haben alle Kriege begonnen. Erstklässler beschimpfen ihre nichtmuslimischen Kollegen als «Schweinefleischfresser».

SZ: Dürfen Sie als Lehrer über den Koran kritisch sprechen?

Lehrer: Dürfen ja, aber mit unangenehmen Konsequenzen. So hatte ich mal am Mittag einen wütenden Vater am Telefon. Ich hatte es gewagt, nach der grundlosen Verwüstung koptischer Kirchen in Ägypten einen Koran in den Geschichtsunterricht 9. Klasse mitzunehmen und zu erklären, dass hier Aufrufe zur Gewalt stehen. Daraufhin rannte das einzige muslimische Mädchen weinend aus dem Klassenzimmer. Es folgte ein Gespräch mit der Schulleitung und den Eltern. Der Vater verlangte, dass in der öffentlichen Schule nicht über Religion gesprochen werde. Seither habe ich nicht mehr gewagt, die Wahrheit über die historischen Fakten zu sagen, wenn muslimische Kinder in der Klasse sind. So sieht es heute aus in der Schweiz: Die Einschüchterung funktioniert.

SZ: Sie haben uns kontaktiert, weil wir gegen Islamunterricht an Thurgauer Schulen sind. Weshalb?

Lehrer: Das Problem mit dem Islamunterricht ist, dass es zwar gut klingt, dem radikalen Islam unter jungen Menschen vorzubeugen, aber die vielgehörten Worte vom «friedlichen» Islam stimmen einfach nicht, wenn man von den bis heute geltenden Medina-Gewaltversen des Koran und den mörderischen Feldzügen des Propheten und seiner Nachfolger ausgeht. Das hat nichts mit Interpretation zu tun. Und jahrzehntelang wurde in den Moscheen unseres Landes nicht überprüft, was die Imame auf Arabisch predigten. In Biel war das geschehen. In einem empfohlenen Buch des islamisch-albanischen Vereins Kanton Thurgau, wo Herr Neziri als Imam tätig ist (*Anm. der Red.: Neziri unterrichtet in TG-Schulen den Islam*) wird zur «Führung» und zum «Sieg» von Allah über die

«Götzendiener» aufgerufen und Moscheen statt Kirchen zu bauen.

SZ: Gibt es noch weitere Themen im Schulbetrieb, die Sie bedenklich finden?

Lehrer: Ja, die Sexualisierung der Kinder. So verlangte die Klassenlehrerin von der 7. Klasse, sie sollten im Fach Biologie 14 verschiedene Verhütungsmethoden für Frauen im Internet recherchieren und ein Plakat gestalten, das benotet wurde. In der 5. Klasse hat eine Lehrerin mit den Kindern geübt, Kondome über Zucchini zu ziehen. Auf meine Beschwerde bei LCH (Lehrer Schweiz) hin, stellte sich der pädagogische Leiter hinter diese überall praktizierten Lernziele zur Aufklärung.

SZ: In den Klassenzimmern liegen Broschüren zur sexuellen Aufklärung auf. Was stört Sie daran?

Lehrer: Verschiedene Broschüren wie zum Beispiel «Hey you», sind äusserst fragwürdig, u.a. das Zitat eines 17-Jährigen: «Pornofilme stimulieren mich mehr als meine Freundin.» Jugendlichen werden verschiedene Sexspielzeuge zum Gebrauch vorgestellt. Die negativen Folgen von frühem Geschlechtsverkehr werden völlig ausgeblendet. Die sexuelle Diversität wird positiv gewertet, das ist der Gender-Wahn. Ich befürchte, dass die Mehrheit der Bürger hier gleichgültig bleibt, ähnlich wie beim wachsenden Einfluss des Islam, dessen treibende Kräfte eine Meinungsdictatur zum Ziel haben. Unter den Lehrkräften habe ich besonders im Bereich der Weltreligionen eine tragische Unkenntnis wahrgenommen.

SZ: Vielen Dank für Ihre klaren und bedenkenswerten Aussagen.

Hermann Lei

OBERHÄNSLI PRINT GMBH

**DRUCK
SATZ
KOPIE**

**Wir können
mit Druck
umgehen.**

Steiggasse 2 · 8400 Winterthur · Tel. 052 212 44 66
info@oprint.ch · www.oprint.ch

Leserbriefe

Wohnungsknappheit: An der Wurzel packen!

Die hohe Einwanderung ist die Grundursache der Wohnungsknappheit. Die Schweizer Stimmbevölkerung will aber zur Lösung dieser Knappheit keine Verbetonierung der Schweiz vom Bodensee bis zum Genfersee, also keine neuen Bauzonen und keine Hochhauslandschaft wie in Hong Kong. Es ist eigentlich allen klar: Die masslose Zuwanderung (140'000 im Jahr 2023!) muss eingedämmt werden.

Alex Schneider, Küttigen AG

«Die Schweizer, das freieste und wehrhafteste Volk der Welt»

Es war in der U-Bahn in Peking in den frühen 1980er Jahren. Die Waggons waren zum Brechen voll. Ein neben mir stehender Passagier fragte, woher ich sei. Als ich die Schweiz nannte, rief er laut den Satz im Titel aus. Auch auf meinen Geschäftsreisen in aller Welt wurde ich immer wieder auf unsere starke Armee angesprochen. Einmal musste ich sogar vor pakistanischen Offizieren einen Armee-Vortrag halten. Aber auch in den internationalen Medien, von den USA über Indien bis nach Australien, herrschte damals diese positive Sicht. 2003 wieder in Peking, lud mich ein Direktor eines grossen chinesischen Konzerns zum Nachtessen ein. Wir diskutierten über dies und das, als mein Gastgeber ganz unerwartet fragte: «Können Sie mir erklären, warum die Schweiz ihre Armee abgeschafft hat?» Ich wusste im Moment nicht, was ich antworten sollte. Heute befindet sich unser Land in der Wohlstandsdekadenz, während sich die Welt fundamental wandelt. China, Russland und Indien sind immer stärker und stellen die lange westliche Vorherrschaft zunehmend in Frage, und ein grosser Krieg ist im Bereich des Möglichen.

Den Bundesrat scheint das alles nicht sonderlich zu beschäftigen. Er unternimmt nichts, um unsere Armee wieder so stark zu machen, dass unser Land von einem Krieg verschont bleibt wie seit 200 Jahren. Im Gegenteil: Er arbeitet am schleichenden Anschluss an die Nato und an der Aufgabe der Neutralität. Weil der Chef der Armee zu Recht darauf hinweist, dass unsere Armee

Der Besuch der alten Dame(n)

Der Besuch der alten Dame(n) in Strassburg – frei nach Friedrich Dürrenmatt – und das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen die Schweiz (wegen ihres angeblich ungenügenden, menschenrechtswidrigen Klimaschutzes) hat laut Medien eine «historische» Dimension. In Tat und Wahrheit ist es ein absurdes Theater. Da lassen sich die «Klimaseniorinnen» von Greenpeace vorführen, und fremde Richter fällen ein politisches Urteil über das einzige direktdemokratische Land der Welt. Eine der Seniorinnen hat das Ganze auf den Punkt gebracht, als sie bei der Abreise in Basel ihre «grösste Befürchtung» äusserte: «Ich hoffe, Greta stiehlt uns nicht die Show!» Damit ist alles Wesentliche gesagt. Wenn wir nun rasch zur Tagesordnung zurückkehren, so bleibt doch die Frage: Werden es die Klimabewegten dank «Strassburg» schaffen, der Schweiz ein richterliches Klimaregime aufzuzwingen? Ausgerechnet unserem Land, das für ein Promille der weltweit erzeugten Schadstoffe verantwortlich ist und auf demokratischem Weg längst eine erfolgreiche, klimafreundliche Schadstoffverminderung vorantreibt? Die Antwort lautet NEIN, denn eine Show bleibt eine Show.

Hans Fehr

nicht für einen künftigen Krieg bereit ist, wird er auch noch gemassregelt. Unser Volk muss ihm dafür dankbar sein und seine Forderung nach mehr Mitteln unterstützen. Oder wollen wir auch einmal in Ruinen leben?

Gotthard Frick, Bottmingen BL

Niederträchtiger Angriff auf JSVP-Politikerin

Wer den genialen Auftritt der beiden Jungpolitiker Sarah Regez und Nils Fiechter am Wahlauftakt der SVP vom August 2023 in der Swiss Life Arena in Zürich-Altstetten miterlebt hat, konnte sich von der Redegewandtheit und Souveränität der beiden überzeugen lassen. Dass Sarah Regez, Studentin der Rechtswissenschaften, bei den Nationalratswahlen den hervorragenden 1. Ersatzplatz erreichte, rief die Jungsozialisten und andere Neider auf den Plan. Wegen ihrer Teilnahme an einem Vortrag von M. Sellner in Österreich, das vor einem Jahr



ZANETTI
 CH-7742 POSCHIAVO
 Telefon 081 844 09 08
 Telefax 081 844 10 20
 Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
 (nur 1 Minute vom
 Billettschalter entfernt)
 Telefon 081 253 60 60

Tierkollektion.shop




Alles für Hunde & Katzen
www.tierkollektion.shop

Polizeimeldung als Rätsel



Die folgende Recherchenfrage ging im Vorfeld an die vier KAPO-Medienstellen der Kantone SG, ZH, LU und TG: «Warum müssen/sollen Schweizer Journalisten bei den von Ausländern begangenen Straftaten Herkunftsland und Migrationshintergrund verschweigen, nicht aber des Schweizer Nationalität im selben Fall?»

Die Mail-Antworten der Polizeistellen, auszugsweise:

Kanton Luzern, Chef Mediendienst Urs Wigger: «Die Luzerner Polizei nennt die Nationalität der Täter, wenn es sich beim Straftatbestand um ein Verbrechen handelt. Ich bin seit 17 Jahren Mediensprecher tätig und kenne die von Ihnen genannte «Regel des Verschweigens» nicht.»

Kanton Thurgau, Medien, Miguel Lopez: «Bei der KAPO Thurgau wird die Nationalität aktiv genannt, ausser wenn Gründe des Persönlichkeitsschutzes dagegen sprechen. Ein Migrationshintergrund wird grundsätzlich nicht bekannt gegeben.» *Mein Kommentar: Und warum nicht?*

Kanton Zürich, Mediendienst, Fw Roger Bonetti: «Die KAPO Zürich informiert die Bevölkerung gemäss Paragraph 51, Abs. 2, Polizeigesetz über Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Täter. Eine Regelung über die

stattgefunden hat, müsse sie auf ein allfälliges Nachrücker verzichten und ihr Amt als Strategiechefin abgeben, wurde verlangt.

Es soll also verboten sein, sich mit verschiedenen Weltanschauungen und Wertehaltungen auseinanderzusetzen und danach ohne ideologische Scheuklappen die besten Lösungen zu suchen? Dann bitte Bundesverfassung konsultieren: Artikel 16: Meinungs- und Informationsfreiheit, und Artikel 22: Versammlungsfreiheit! Ich traue der Senkrechtstarterin Sarah Regez zu, dass sie sich sachbezogen und lösungsorientiert zum Wohl der Bevölkerung einsetzt.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden BE



«Schweizerzeit»-Special

Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax

inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00



Verhängung eines «Informationsstopps» gibt es nicht.» **Kanton St. Gallen, KAPO Sicherheitsdep., Adj. Florian Schneider:** «Im unserem Kanton ist im Polizeigesetz festgehalten, dass die Polizei bei Straftaten die Nationalität von Tatverdächtigen bekannt gibt.»

Ich stelle drei weitere Fragen zur Tatsache, dass die Öffentlichkeit zwar stets die Nationalität des Opfers aber fast nie die des Täters erfährt:

1. Wer sind die so zahlreich aufgekomenen Messerstecher im Lande?
2. Wer sind die Einzeltrick-Betrüger, die Schweizer Senioren berauben?
3. Wer sind die Mitglieder der hochgefährlichen Jugendbanden von Genf, Neuenburg und Aigle?

Wenn, wie behauptet, die Öffentlichkeit lückenlos informiert wird: Warum steht denn über die Nationalität der Täterschaft nichts im Polizeibericht?

Dr. Richard Wolff, Zürcher Stadtsoziologe im «Tagesanzeiger»: «Das Weglassen der Nationalität in der Polizeimeldung hat ein konkretes Ziel: Es sollen keine weiteren «Vorurteile» gegen gewisse Nationalitäten geschürt werden.»

Verquere Logik: Straftatduldung JA, Sühne NEIN! Und wer erhebt für die Opfer die Stimme?

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

«Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

«FÜR DIE UKRAINE IST NOCH NICHT DER MOMENT FÜR KOMPROMISSE.»

Diese Erklärung stammt von:

- A Wolodymyr Selenskyi, Präsident der Ukraine;
- B Ignazio Cassis, Bundesrat, Vorsteher des Departements für Auswärtige Angelegenheiten;
- C Joe Biden, Präsident der USA;
- D Viola Amherd, Bundespräsidentin.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 24. April 2024** an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach; E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachessen für zwei Personen mit «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer als Gastgeber. Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 9 vom 3. Mai 2024.

FITNESS ⁺fi ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

Onlineshop: www.4spa.ch



FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Sport- und Relaxbad



Flosten im Salzwasser



Massage und Kosmetik



Restaurant



Restaurant Bad



Totes Meer Therapie



Wasserkurse



Dampfbad



Biogonna



Feuersauna



Dachterasse



Alphasphere



Fitness



Gartenanlage mit Salswood



Salzraum



Ruheraum

Nein zum WHO-Pakt und zu den internationalen Gesundheitsrichtlinien

Petition jetzt unterschreiben!

von Dr. med. Stephan Rietiker, Präsident Pro Schweiz

Es tönt alles lieb und nett: Die Weltgesundheitsorganisation WHO möchte weltweit die Gesundheitsmassnahmen koordinieren und damit die Gesundheit aller steigern. Leider ist der Erfolgsausweis der WHO in den letzten Jahren sehr ernüchternd: Bei der selbstlimittierenden Schweinegrippe wurde auf Panik gemacht und eine Impfung empfohlen, die niemand wollte. Bei COVID wurden unnötige und zum Teil schädliche Massnahmen und eine Impfung propagiert, die weitgehend unwirksam war und ein noch unbekanntes Mass an mittelschweren bis schweren Impfschäden hervorrief. Sinnvolle Massnahmen und Therapien wurden verworfen oder fälschlicherweise an den Pranger gestellt. Nachstehend die Kernpunkte des WHO-Gesundheitsdiktats und ihre Auswirkungen auf die Schweiz.



Nach der Corona-Pandemie will die WHO mehr Einfluss. Darum werden die sogenannten «Internationalen Gesundheitsvorschriften» überarbeitet. Zudem soll ein WHO-Pandemieabkommen geschaffen werden, das neue Regeln enthält, die über den staatlichen Gesetzen stehen.

Nein zur Aushöhlung der Demokratie

Gemäss Pandemiepakt sollen die Staaten auf die Kommunikation Einfluss nehmen und «falsche oder irreführende Informationen oder Desinformation» bekämpfen. Dies ist einer Demokratie unwürdig. In der Schweiz darf sich jeder seine eigene Meinung bilden. Auch kritische Ansichten sind wichtig.

Über unsere Gesundheit entscheiden wir selber

Heute ist jeder für seine Gesundheit verantwortlich. Ginge es nach der WHO, wären Regierung und Behörden für unsere Gesundheit zuständig. Sie müssten schauen, dass sich alle richtig verhalten, gesunde Nahrung zu sich nehmen und auf schädliche Produkte verzichten.

Kritische Punkte des WHO-Abkommen

Die WHO propagiert ein Grundrecht auf «bestmögliche Gesundheit». Für die Gesundheit der Bürger sollen Staat und Regierung verantwortlich sein. Die Behörden müssten Massnahmen anordnen sowie Prävention betreiben. Heute ist jeder für seine eigene Gesundheit verantwortlich. Künftig müssten die Behörden sicherstellen, dass sich alle «richtig» verhalten, gesunde Nahrung zu sich nehmen und auf schädliche Produkte verzichten.

Die Freiheit der Bürger wird eingeschränkt

Mit diesem Pakt verpflichtet sich jeder Vertragsstaat, eine Überwachung aller Risiken im Bereich der öffentlichen Gesundheit sicherzustellen. Dafür sollen neue Behörden geschaffen werden. Die Zulassung neuer Medikamente soll beschleunigt werden. Die Behörden sollen für die Akzeptanz von Impfstoffen werben und für Impfschäden finanzielle Entschädigungen bereitstellen. Sodann sollen sie auf die öffentliche Kommunikation Einfluss nehmen, kritische Stimmen entkräften

sowie «falsche und irreführende Informationen oder Desinformation» bekämpfen.

Ist der Pandemiepakt vereinbar mit unserer Verfassung?

Nein. Die Schweiz funktioniert anders als andere Länder. In der Gesundheitspolitik liegen viele Kompetenzen bei Kantonen und Gemeinden. Diese hätten künftig nicht mehr viel zu sagen. Spannungen sind vorprogrammiert. Ein Pandemiepakt würde die direkte Demokratie einschränken. Die Schweiz würde von Entscheiden der WHO abhängig, die wir nicht direkt beeinflussen können.

Könnte die WHO eine Impfpflicht oder Maskenpflicht verordnen?

Ja. Die WHO will, dass sich die Staaten an die Abmachungen halten. In Gesundheitsfragen riskieren wir die Bevormundung und Einschränkung der demokratischen Mitwirkungsrechte – auch wenn der Bundesrat dies relativiert. In künftigen Pandemie-Situationen würden in der Schweiz noch mehr Einschränkungen gelten, als dies bisher der Fall war. Dazu gehören auch Vorschriften wie Maskenpflicht und Impfpflicht.

Macht eine internationale Koordination keinen Sinn?

Koordination auf internationaler Ebene ist wichtig. Diese gibt es aber heute schon. Die Schweiz ist Gründungsmitglied der WHO und beherbergt deren Sitz in Genf. Die WHO zählt heute über 7'000 Mitarbeiter. Doch zwischen Informationsaustausch und der direkten Einmischung in die Politik ist ein grosser Unterschied. Übergeordnete WHO-Regeln sind aus demokratischer Sicht abzulehnen.

Wir brauchen keine Bevormundung unseres Staates durch eine nicht gewählte und damit nicht legitimierte nicht-staatliche Organisation. Deshalb: Nein zur Anpassung der Internationalen Gesundheitsvorschriften und Nein zur Unterzeichnung des Pandemiepakts!

Stephan Rietiker

Petition jetzt unterschreiben!

Unterschreiben Sie rasch die Petition von Pro Schweiz! Es können alle Personen unterschreiben, unabhängig von Alter und Nationalität. Herzlichen Dank!

www.pandemiepakt.ch



Viva la libertad, carajo!

Gefährliche Handlanger stoppen

von Heinz Schmid, Dipl. Ing. ETH, Bürglen TG

Bundesrat Cassis und die Berner Bürokraten sind zu einer realen Gefahr für den Wohlstand und die demokratische Zukunft der Schweiz geworden. Höchste Zeit, sie zu stoppen und den EU-Unterwerfungsvertrag zu verhindern.



Aus dem ehemaligen liberalen Europäischen Wirtschaftsraum, ist ein Zentralisierungsmonster französischer Zuschnitts geworden. Nicht der Wettstreit der Besten wird gefördert, sondern die planwirtschaftliche Gleichschaltung aller auf einem niedrigen Wohlstandsniveau. Mit dem Unterwerfungsvertrag sind

unsere Bundesräte und ihre Mitläufer daran, die langfristig bewährten Prinzipien unserer Freiheit und unseres Erfolgs zu verraten.

Eine konservative Allianz ist nötig

Wir müssen auf der konservativen Seite alle Kräfte bündeln, um ein koordiniertes Vorgehen für Freiheit und Marktwirtschaft zu ermöglichen, nicht nur national sondern auch international. Dazu braucht es geeignete Akteure mit Reichweite und Reputation, die es in der Schweiz schon gibt. International gibt es Beispiele wie die «Alliance for Responsible Citizenship» um Jordan Peterson. Wir Konservative müssen unsere noble Zurückhaltung ablegen und uns lautstark wehren.

Politische Werkzeuge

Um die «Links-Grüne-Mitte»-Bewegung zu stoppen, müssen wir mit allen politischen Werkzeugen, koordiniert und machtvoll kämpfen. Neben Referendum und Initiative bieten sich auch andere Werkzeuge an, um eine kurz- und langfristige Politikwende herbeizuführen.

Konkrete Vorschläge

Forderung: Bundesräte und Chefs der Verwaltung werden zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie gegen Verfassung oder Gesetze verstossen oder wenn sie uns mit falschen Informationen irreleiten.

Forderung: Die Zahl der Bundes-, Kantons- und Gemeindeangestellten wird über fünf Jahre um 50% reduziert. Dazu ist es nötig, dass der Staat die

planwirtschaftliche Kontrolle über alles und jedes aufgibt.

Initiative mit der Forderung, dass nur noch Menschen mit abgeschlossener Berufslehre, mit einem (MINT) Studium sowie mit Lebens- oder Privatindustrienerfahrung als Parlamentarier gewählt werden dürfen.

Blossstellen von opportunistischen Konzernen.

Widersprechen: Mit der Feststellung «Ich bin nicht dieser Meinung» können wir von EU bis Klima einfach einmal Widerspruch einlegen.

Organisation von Volksfesten, Happenings, Mahnwachen u. a., um unsere Anliegen publik zu machen.

Internationale Ausstrahlung

Was die Schweiz tut, wird international beachtet. Suchen wir Verbündete in anderen Ländern, die Druck auf ihre Regierungen ausüben, den Staat zurückzubinden. Das wird den Druck auf die Schweiz vermindern.



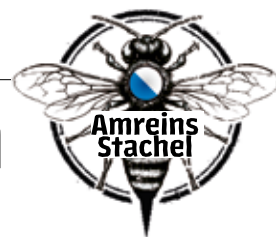
Es gäbe ja zum Beispiel die EFTA, die man als sinnvollen Wirtschaftsraum reaktivieren könnte.

Kämpfen wir für die Freiheit mit der Parole von Javier Milei: «Viva la libertad, carajo!»

Heinz Schmid

Der erste Akt

Supergau im Zürcher Spitalwesen



von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küssnacht ZH

Der Zürcher Regierungsrat gewährt dem Kinderspital (Kispi) eine Erhöhung des bestehenden Kantonsdarlehens um hundert Millionen auf 250 Millionen Franken. Dazu kommt, zur teilweisen Deckung der «Zusatzkosten» im Zusammenhang mit dem Neubau auf der Lengg (Balgrist), eine Subvention von 35 Millionen Franken.



Die private, unter bewährter Führung von FDP-Grössen stehende Eleonorenstiftung – Trägerin des Kispi – ist zahlungsunfähig. Sie kann aufgrund fehlender Kreditwürdigkeit kein zusätzliches Fremdkapital von Dritten aufnehmen (2028 wird auch noch eine Anleihe von 200 Millionen fällig). Eine weitere Subvention von «höchstens» 25 Millionen Franken

wird der Regierungsrat auf Gesuch der Stiftung und eines «rollenden Finanzreportings» sprechen. Das Kispi ist im Kanton Zürich sakrosankt. Weitere Kosten sind zu erwarten und werden von den Steuerzahlern zu tragen sein. So beispielsweise zusätzliche Kosten für den gemeinsamen Betrieb Spital alt und Spital neu über ca. 1 Jahr sowie für unvorhergesehene Baukosten.

Spitäler Wetzikon, Uster, Männedorf

Nicht gut steht es auch um das Spital Wetzikon. Auch dem im Besitz von zwölf Zürcher Oberländer Gemeinden stehenden GZO (Gesundheitszentrum Zürcher Oberland/Spital Wetzikon AG) – auch hier ist eine FDP-Grösse Verwaltungsratspräsident – geht das Geld aus. Der Regierungsrat hat ein Gesuch um Gewährung eines Darlehens oder einer Garantie, ebenfalls aufgrund von Baukostenüberschreitungen in Höhe von 180 Millionen Franken, abgelehnt. Der Verwaltungsratspräsident der GZO Spital Wetzikon AG hat angekündigt, gegen den Entscheid der Regierung zu rekurrieren, und die zwölf Eignergemeinden setzen eine «Taskforce» ein. Man überlege, die GZO Spital Wetzikon AG mit der Spital Uster AG und/oder weiteren Regionalspitälern zu fusionieren, zwecks Zeitgewinn Nachlassstundung zu beantragen und/oder die Steuerzahler via Eignergemeinden, analog der Spital Uster AG, zur Kasse zu bitten.

Für das Spital Uster haben dessen zehn Eignergemeinden soeben einen Kredit von mindestens 33 Millionen gesprochen. Auch das See-Spital Horgen, das einer Stiftung gehört, hat vor kurzem zwei teure Neubauten erstellt und musste dazu eine Anleihe über hundert Millionen Franken aufnehmen. Bei der Spital Männedorf AG – im Besitz von acht Aktionärgemeinden – wird 2026 eine Anleihe von fünfzig Millionen fällig. Das ist nur eine Auswahl von Refinanzierungen in der Zürcher Spitallandschaft. Auf der Spitalliste des Kantons Zürich figurieren, mit öffentlichem Leistungsauftrag bedacht, 14 Akutspitäler. Dazu kommen sieben sogenannte

Elektivspitäler und drei Geburtshäuser. In der Bankensprache würde man von «overbanked» sprechen, der Kanton Zürich ist «überspitalisiert». Über in der Vergangenheit gemachte Fehler in der Gesundheitspolitik und (System-) Fehler bei der Spitalfinanzierung könnten Bücher geschrieben werden.

Schwarze Zukunft

Doch wie sieht es in der Zukunft aus? Ganz, ganz schwarz! Das Universitätsspital Zürich (USZ) wird derzeit für geplante zwei Milliarden Franken umgebaut. Auch hier sind Kostenüberschreitungen in unbekannter Höhe voraussehbar. Das USZ und auch das neue Kispi in der Lengg stehen am falschen Standort – neben der Universität statt in Dübendorf. Das tägliche Verkehrschaos im Raum Balgrist und ETH/Universität wird sich aufgrund ungehinderter Zuwanderung und steigender Bevölkerungszahlen weiter verschlimmern.

Viele Zürcher Spitäler stecken in Finanznot. Auch das Kantonsspital Winterthur schreibt rote Zahlen. Die Reserven von USZ und Kantonsspital Winterthur sind beschränkt. «Der Bund muss die Tarifstruktur anpassen», so die Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) kürzlich in der NZZ. Dass sie dringend die Zürcher Spitalliste anpassen sollte, auf diese Idee scheint die Magistratin nicht zu kommen. Verständlich, sind doch Politiker, welche sich der Missstände annehmen und Pfründe streichen, bei Wahlen besonders gefährdet.

Unvermeidliche Steuererhöhungen und weitere Prämienhöhungen stehen an, und die Politik schaut mutlos zu oder verrennt sich in teuren Leerläufen und Fehlinvestitionen. Das Steuergeld, welches dafür verbraten wird, ist nicht das eigene Geld der Politiker. Nein, es ist Geld der arbeitenden Bevölkerung und der Steuerzahler. Für die Fehler in der Gesundheitspolitik wird der Mittelstand überproportional zur Kasse gebeten.

Hans-Peter Amrein

«Die organisierte Verantwortungslosigkeit: Alle werfen mit vollen Händen das Geld um sich. Wenn's nicht klappt, zahlt der Staat...» (Arthur Rutishauser, Sonntagszeitung, 7.4.2024)

«Seid ihr bei Trost? Wir brauchen Funktionsbauten, nicht zukünftige Denkmalschutzbauten, so wie es das Spital Limmattal vorgemacht hat, als Vorbild für einen haushälterischen Umgang mit Finanzmitteln!» (Pierre Dalcher, Kantonsrat SVP, Schlieren)

Akzent

Den älteren Leserinnen und Lesern der Schweizerzeit dürfte der Name Morgenthau noch bekannt sein: Henry Morgenthau jun. war Finanzminister der USA während der Präsidentschaft von Franklin D. Roosevelt, also vor und während des Zweiten Weltkriegs. Auf ihn geht der 1944 bekanntgewordene Morgenthau-Plan zurück, der darauf abzielte, Deutschland, wenn es erst besiegt sei, in mehrere kleinere Einzelstaaten aufzuteilen, denen allein noch einfache Landwirtschaft zu gestatten sei – ohne Bergbau, ohne jede Industrie. Deutschland würde in eine Vielzahl kleinräumiger Bauernstaaten aufgesplittert.

Der Morgenthau-Plan wurde nicht umgesetzt. Im Gegenteil: Mit dem Marshall-Plan wurde dem besiegten Deutschland ein Impuls vermittelt, mit dem es sich nach dem Zweiten Weltkrieg innert weniger Jahrzehnte zur bedeutendsten Wirtschaftsmacht in Europa entwickelte, schliesslich zur Wirtschaftslokomotive und zum Zahlmeister der Europäischen Union.

Und wohin entwickelt sich Deutschland heute? Die von den USA als Antwort auf den Ukraine-Krieg erzwungenen Sanktionen gegen Russland schneiden Deutschland von den für seine Fertigungsindustrie unverzichtbaren kostengünstigen Rohstoffen ab. Auch die nicht minder kostengünstige Energieversorgung Deutschlands aus dem Osten kam zum Stillstand – spätestens seit der von ohrenbetäubendem Stillschweigen begleiteten

Zerstörung der Nordstream II-Gaspipeline durch die Ostsee.

Zwar kann sich Deutschland noch immer Rohstoffe besorgen – aber zu weit höheren Preisen. Zwar kann sich Deutschland noch immer die unverzichtbar benötigte Energie für seine Wirtschaft beschaffen bzw. importieren – aber ungleich kostspieliger als früher aus Russland. Das Erfolgsmodell «Günstige Rohstoffe und günstige Energie aus Russland, Spitzenleistungen in Fertigungstechnik in Deutschland» ist Vergangenheit. Von den preisgünstigen Rohstoffen und Energielieferungen profitieren heute insbesondere China und Indien – die schwierigsten Konkurrenten der deutschen Wirtschaft.

Morgenthau

Den Rest besorgt die rot-grüne Ideologie, welche das Handeln der deutschen Regierung heute bestimmt – weitab von wirtschaftlichen Gesetzmässigkeiten. Die sog. Klimawende als Antwort auf Horrorvisionen angeblich nie mehr umkehrbarer Klima-Erwärmung wird mit verbissener Sturheit durchgestierrt. Sie belastet die deutsche Wirtschaft mit Milliarden und stürzt sie in sich ständig vertiefende Krise. Der Auszug von wirtschaftlicher Produktion aus Deutschland, aus dem Wirtschaftsmotor der Europäischen Union, nimmt beängstigendes Ausmass an.

Beispiel Automobilindustrie: Einst solides Fundament der deutschen Wirtschaft, zu verdanken den weltweit besten Konstrukteuren von Motoren.

Die Stimme der Schweiz

Auf dass sämtliche Staaten der Welt sich jederzeit bewusst sind, dass die Schweiz ein neutrales Land ist und bleibt, müsste der Bundesrat die derzeit unser Land im Uno-Sicherheitsrat vertretende Schweizer Botschafterin verbindlich verpflichten, zu jedem ihrer dort zahllos abgegebenen Voten den Standpunkt der Schweiz wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»

Die Schweizerzeit wird diesen Satz so lange wiederholen, bis der Bundesrat seine Pflicht tut.

Rot-Grün befiehlt dieser einstigen Erfolgsindustrie unter Androhung von Milliardenbussen, fortan mindestens gleichviel Elektrofahrzeuge herzustellen, wie sie Autos mit Verbrenner-Motoren absetzt. Befohlen wird von der rotgrünen Funktionärsbürokratie indes lediglich die Herstellung dieser Fahrzeuge – ob sie auch einigermassen kostendeckend verkauft werden können, kümmert Rot-Grün, stur seiner Ideologie ergeben, nicht.

Solange der Kauf von E-Fahrzeugen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland hoch subventioniert wurde, konnte der befohlene Bau nur schwer verkäuflicher E-Fahrzeuge einigermassen bewältigt werden. Die Subventionierung erwies sich freilich als gesetzwidrig. Sie wurde der Regierung höchststrichlerlich untersagt. Nahezu verzugslos brach der Verkauf von E-Fahrzeugen in Deutschland massiv ein. Gebaut werden müssen diese E-Fahrzeuge aber weiterhin – sonst setzt es Milliardenbussen ab. So werden heute E-Fahrzeuge zu Hunderten, zu Tausenden produziert, obwohl sie nicht einmal mittels Verluste einfahrender Sonderaktionen verkauft werden können.

Was daraus resultiert, haben wir mit eigenen Augen bei VW in Wolfsburg gesehen: Die durch Regierungsdekret angeblich aus Gründen des Umweltschutzes gebauten E-Fahrzeuge stehen nach ihrer Herstellung in grosser Zahl zunächst herum – und werden schliesslich der Verschrottung überantwortet. Neuwertige Produkte werden im Namen von angeblichem Umweltschutz, der Ideologie von Rot-Grün gehorchend, ungebraucht wieder vernichtet.

Sie gelangen nicht in den Verkehr, verteuern aber, wenn die Hersteller wirtschaftlich überleben wollen, den Preis der vom Markt verlangten Fahrzeuge deutlich. Und gleichzeitig treffen Schiff um Schiff immer

billigere Fahrzeuge aus Fernost ein, aus China und aus Indien. *

Henry Morgenthau junior ist seit siebenundfünfzig Jahren tot. Niemand hat je damit gerechnet, dass sein Plan, der Deutschland seiner Industrie berauben sollte, je umgesetzt werden könnte. Doch das von den Medien hochgejubelte Gespann Habeck/Baerbock setzt heute durch, wovon Morgenthau bloss träumen konnte.

Ulrich Schlüer

Akzent

Churz & Bündig

Die Jungsozialisten führten am 13. April in Sissach BL eine Kundgebung «gegen Rechtsextremismus» durch. Die Aktion richtete sich speziell auch an die in Sissach wohnhafte Strategieführerin der Jungen SVP, Sarah Regez. Die Jusos fordern von der SVP penetrant, sich von Extremismus abzugrenzen. An der eigenen Demo in Sissach wurden neben Juso-Fahnen – wie schon in der Vergangenheit – auch Flaggen der «Aktion Antifa» geschwenkt, Symbole einer gewaltbereiten links-extremen Sammelbewegung.

Wie die «NZZ» am 13. April berichtete, wurden linksextreme Umstürzler der Gruppierung «Der Funke» jahrelang in den Reihen der Jusos geduldet. Solche «Funke»-Aktivisten kündigten die Gründung einer neuen kommunistischen Partei an, welche einen «Systemumsturz» und gegen Israel eine «Intifada bis zum Sieg» propagiert. Wer hat hier tatsächlich ein Extremismusproblem?

al

Schweizerzeit STIFTUNG

Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

**Sie unterstützen die
Schweizerzeit-Stiftung zum
Beispiel, indem Sie in Ihrem
Testament ein**

Legat

**an die Schweizerzeit-
Stiftung vorsehen.**

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

Schweizerzeit-Stiftung

Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer

Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Unterwerfungsvertrag

Die Schweiz soll ins «EU4Health-Programm» integriert werden. Das Programm hat eine europäische Gesundheitsunion zum Ziel. Damit müsste die Schweiz auch in diesem Bereich automatisch EU-Recht übernehmen – was die Qualität des Schweizer Gesundheitswesens negativ beeinträchtigen würde. Bei Pandemien würde es ein EU-Diktat geben. Die EU will mit der «Europäischen Gesundheitsunion» gesamteuropäisch Gesundheitsdaten und Patientendaten teilen.

Im Klartext: Wir Schweizer werden zu gläsernen Patienten, die nichts mehr zu sagen haben. Neben dem allgemeinen milliardenteuren «Kohäsionsbeitrag» will uns die EU zusätzlich für dieses Gesundheitsprogramm zur Kasse bitten.

(SVP, 04.04.2024)

Auswanderung

Jährlich wandern eine Millionen Menschen aus Deutschland aus, Tendenz steigend. Haben Sie, verehrte Leser, je davon gehört, dass die Migranten in anderen Teilen der Welt für Diskussionen über den Schaden durch Zuwanderung sorgen? Wenn nein, warum nicht?

Weil diese Leute, Millionen von Migranten, in aller Regel auf eigene Kosten emigrieren beziehungsweise migrieren. Und in der neuen Heimat versorgen sie sich auch gleich wieder selbst, entweder durch mühsam selbst erspartes Vermögen oder durch Arbeit dort, wo die Menschen mit ihren Diensten glücklicher machen, um selbst glücklicher leben zu können. Ökonomen sprechen hier von einer «Win-win-Situation».

(André F. Lichtschlag, in «eigentümlich frei» 241, April 2024)

Terror

Gleichwohl wagt kaum ein Politiker öffentlich zu sagen, dass muslimische Terroristen nicht wegen Buddha, Jesus oder Karl Marx töten, sondern wegen Mohammed und Allah. Sie foltern, vergewaltigen, verbrennen und köpfen nicht Juden oder steuern Flugzeuge in Hochhäuser, weil der Westen es verpasst, ihnen bessere Territorien, Jobs

und Wohnungen zu geben. Sie sprengen nicht Flughafenhallen und U-Bahnstationen, weil sie die sozialistische oder kapitalistische Weltherrschaft anstreben, sondern die islamische.

Warum ist es verboten, so etwas öffentlich zu sagen? Wieso werden die geistigen Grundlagen tabuisiert, die schon zum Tod von Zehntausenden von unschuldigen Zivilisten geführt haben? Will man Judenhass und Terror um keinen Preis im Islam verorten, um friedliche Muslime in Europa vor Diskriminierung zu schützen? Aber wollen friedliche Muslime, dass keine Aufklärung über die religiösen Grundlagen des Terrors betrieben wird? Haben sie kein Interesse an einer Reform des Islam im Sinne der Aufklärung und der Neuorientierung an den Menschenrechten?

(Giuseppe Gracia, in «Zukunft CH», 05.04.2024)

AfD-Klausel

In Lahr (Baden-Württemberg) meldete sich Heiko Nüssner bei seinem Hausarzt, weil er ein Rezept für Medikamente benötigte. Nüssner war 26 Jahre lang CDU-Mitglied, 2016 wechselte er zur AfD. Der Arzt antwortete dem Lokalpolitiker per Mail: «Aufgrund deutlich politisch unterschiedlicher Ansichten, bitte ich Sie, einen anderen Arzt Ihres Vertrauens zu suchen...» Nüssner wurde von der Patientenliste gestrichen, weil er politisch anders tickt als der Arzt. Die «Lahrer Zeitung» berichtete zuerst über den Fall.

Nüssner sitzt seit drei Jahren im Rollstuhl und seit einem Jahr im AfD-Ortsvorstand. Sein Hausarzt verweigert ihm die Behandlung. Ich bin kein Arzt, aber ich hatte das immer als Berufung und nicht als Beruf verstanden. Der Hippokratische Eid ist ein Bekenntnis dazu, Menschen vor Schaden und Unheil zu bewahren. Mediziner schwören, ihren Patienten zu helfen. Von einer AfD-Klausel im Fall einer Meinungsverschiedenheit steht da nichts.

(nius.de, 19.03.2024)

Dynamische Rechtsprechung

Die Strassburger Richter verstehen die EMRK als «lebendiges Instrument», das der gesellschaftlichen Entwicklung folgen müsse. Dabei nehmen sie, wie eine ehemalige deutsche Richterin einmal schrieb, die Schöpfer nicht «beim Wort», sondern beim «unausgesprochenen Wort» – also «nicht bei dem, was gesagt und in den Verträgen niedergelegt worden ist, sondern bei dem, was hätte gesagt werden können und vielleicht auch hätte gesagt werden sollen».

(Gina Bachmann / Daniel Friedli in «NZZ am Sonntag», 14.04.2024)

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.
Preis bis Ende 2024: Fr. 50.–

Name / Vorname: _____

Strasse / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Mail-Adresse: _____

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Monster-Lastwagen auf unseren Strassen?

Nein zum EU-Verhandlungsmandat!

SVP. Lassen Sie sich nicht täuschen! Der Bundesrat will die Schweiz nach wie vor der EU unterwerfen. Das heisst: Automatische Übernahme von EU-Recht; und EU-Richter haben das letzte Wort. Die Schweizer Bevölkerung hat nichts mehr zu sagen. EU-Beamte und Schweizer Beamte haben hinter verschlossenen Türen längst Fakten geschaffen. Dies geht klar aus dem sogenannten «Common Understanding», der gegenseitigen Vereinbarung, hervor. Die «Eckwerte» des Vertrags stehen damit bereits fest, zu verhandeln gibt es nicht mehr viel. Lesen Sie hier, welche Nachteile der EU-Unterwerfungsvertrag für die Schweiz und für uns Bürger bringt.



Unter Punkt 4 im «Common Understanding» will die EU ein neues Gesundheitsabkommen: Die Schweiz soll ins «EU4Health-Programm» integriert werden. Das Programm hat eine europäische Gesundheitsunion zum Ziel. Damit müsste die Schweiz auch in diesem Bereich automatisch EU-Recht übernehmen – was die Qualität des Schweizer Gesundheitssystems negativ

beeinträchtigen würde. Bei Pandemien würde es ein EU-Diktat geben. Die EU will mit der «Europäischen Gesundheitsunion» gesamteuropäisch Gesundheitsdaten und Patientendaten teilen. Im Klartext: Wir Schweizer werden zu gläsernen Patienten, die nichts mehr zu sagen haben.

Was uns sonst noch blüht

Monster-Lastwagen auf Schweizer Strassen? Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag wird dies bald Realität, denn die Schweiz wird automatisch EU-Recht übernehmen müssen. Und die EU will sogenannte Gigaliner zulassen. Das sind Lastwagen, die bis zu 25 Meter lang und 60 Tonnen schwer sind. Mitte März 2024 sagte das Europa-Parlament bereits Ja zur Zulassung von Gigalinern im grenzüberschreitenden Verkehr.

Churz & Bündig

Frau Ursula von der Leyen, heute Kommissionspräsidentin der EU, als frühere Verteidigungsministerin in Deutschland wesentlich mitschuldig am Zerfall der Deutschen Bundeswehr, steht in einem Ermittlungsverfahren. Korruptionsverdacht wurde laut im Zusammenhang mit einem von ihr selbstherrlich eingefädelt, milliarden schweren Impfstoff-Abkommen. Die Medien behandeln die EU-Kommissionspräsidentin demonstrativ pfleglich. Kein Journalist zieht auch bloss in Erwägung, Frau von der Leyen müsse bis zur Abklärung der gegen sie laufenden Ermittlung in den Ausstand treten. Schliesslich kandidiert sie für eine erneute Amtsperiode als EU-Kommissionspräsidentin. Man darf sich immerhin das Mediengeheul vorstellen, das europaweit entfacht würde, wenn nicht Frau von der Leyen, vielmehr zum Beispiel Viktor Orbán unter ähnlichem Verdacht stünde, wie er heute gegenüber der EU-Chefin nicht mehr verschwiegen werden kann.

us

Ab sofort wird die Schweizerzeit auch aktiv in den Sozialen Medien – mit Botschaften vor allem an junge Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.

Es geht um nichts weniger als um die Wahrung der Eigenständigkeit und Freiheit der Schweiz. Schauen Sie sich unsere Videoclips an, laden Sie sie herunter und verbreiten Sie sie auf Ihren Kanälen (z. B. soziale Medien und WhatsApp).

Alle Infos unter:

[www.schweizerzeit.ch/
unterwerfungsvertrag](http://www.schweizerzeit.ch/unterwerfungsvertrag)

Zum Voraus herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Ihre Schweizerzeit



Volksschule wohin?

Wie Wädenswil seine Schule zerstört

«Memo» von Markus Somm, Chefredaktor Nebelspalter

Die Fakten: In der Oberstufe Wädenswil ZH möchte man die Noten abschaffen. Farben sollen sie ersetzen. Warum das wichtig ist: Seit Jahren wird die Schweizer Schule reformiert, seit Jahren werden die Schweizer Schüler immer schlechter. Vielleicht gibt es einen Zusammenhang?



Es war einmal eine Sekundarschule in Wädenswil. Sie hatte einen guten Ruf, besonders bei uns Eltern, denn die Schülerinnen und Schüler lernten viel. Wir wohnen in Wädenswil, und drei unserer fünf Kinder gingen in diese Sekundarschule – zur allgemeinen Zufriedenheit, insofern man das von Kindern sagen kann, die natürlich, so auch unsere Kinder, der Meinung waren, sie hätten ihre Zeit auch gescheiter einsetzen können: Im Wald etwa mit der Pfadi. Oder vor dem Fernseher. Welches gesunde Kind lernt denn gerne, wenn draussen die Sonne scheint?

Die Oberstufe Wädenswil (OSW) besass einen hervorragenden Ruf, stand aber unter dem Verdacht, allzu altmodisch zu sein, was ihre Methoden und Inhalte anbelangte. Wenn man unter sich war (nicht wir, aber andere besorgte Bürger), wurde gar getuschelt, ein paar der Lehrer stünden der SVP nahe. Horribile dictu. Zu Deutsch: Uiuui. Irgendwann wurden diese Lehrer dann Gott sei Dank pensioniert, und die Stadt Wädenswil entwickelte ganz eigene Ambitionen, jedenfalls ihre Politiker. Wädenswil wurde zum Standort der Moderne. Ein Paris der Bildungsstürme, ein Petrograd der permanenten Bildungsrevolution.

Die Oberstufe Wädenswil (OSW) besass einen hervorragenden Ruf, stand aber unter dem Verdacht, allzu altmodisch zu sein, was ihre Methoden und Inhalte anbelangte. Wenn man unter sich war (nicht wir, aber andere besorgte Bürger), wurde gar getuschelt, ein paar der Lehrer stünden der SVP nahe. Horribile dictu. Zu Deutsch: Uiuui. Irgendwann wurden diese Lehrer dann Gott sei Dank pensioniert, und die Stadt Wädenswil entwickelte ganz eigene Ambitionen, jedenfalls ihre Politiker. Wädenswil wurde zum Standort der Moderne. Ein Paris der Bildungsstürme, ein Petrograd der permanenten Bildungsrevolution.

Lernwüste statt Lernlandschaft

Kein Stein blieb auf dem anderen. Und auch die Sekundarschule Wädenswil, dieser Hort der Reaktion, wurde befreit. In der OSW wurde zum Beispiel die «Lernlandschaft» installiert, genannt «Lilo», wo Schüler machen, was sie wollen, pardon: Sie lernen, wie man selbstbestimmt lernt, und dabei noch Spass empfindet, auch wenn das die meisten Erwachsenen bis ins hohe Alter nicht fertigbringen, auch die meisten Lehrer übrigens nicht.

Unser jüngste Sohn Hans erlebte sie als Lernwüste – was ihm allerdings nichts ausmachte, denn er machte einfach nichts, oder fast nichts. Während andere (meistens die Mädchen) fleissig ihre Aufgaben erledigten, konzentrierte er sich auf Videogames, die er ebenso fleissig absolvierte.

Wer intelligent ist, weicht der Mühsal aus. So ist der Mensch, so war Hans. Wir mussten ihn in einer anderen Schule unterbringen. Er lernte gar nichts mehr. Er verdurstete und verdorrte in der Lernlandschaft.

Rechnen, Schreiben und Lesen in Neuseeland

Die grüne Regierungschefin von Neuseeland ist kürzlich Knall auf Fall zurückgetreten, weil sie ausgebrannt sei. Vor allem aber war das Debakel, das sie und ihre Regierung fast überall – auch an den Schulen – angerichtet haben, nicht mehr tragbar. Die neue Regierung hat nun gemäss einem Bekannten, der schon viele Jahre in Neuseeland lebt, an allen Schulen verordnet, dass ab sofort wieder regelmässig Lektionen in den Grundfertigkeiten Rechnen, Schreiben und Lesen stattfinden müssen.

Die Revolution frass ihre Kinder

Wenn etwas eine Revolution auszeichnet, dann der Zwang, immer weiter zu revolutionieren. Nie ist die Menschheit befreit. Nie die Oberstufe Wädenswil. Jetzt sollen die Noten aufgehoben werden. Nicht ganz, aber ein erster Schritt wird unternommen. Wir befinden uns in einer «Erprobungsphase». Und das geht so: Zu Anfang des Semesters legt der Schüler selber fest, was für eine Note er erreichen will. Eine 5 in Deutsch zum Beispiel (im Leseverstehen) oder eine 4,5 in Mathematik.

Dann beginnt das Schuljahr, und es kommen viele Prüfungen auf ihn zu. Wenn der Schüler seine Arbeit zurückerhält, findet er aber keine Noten mehr, sondern der Lehrer («Lehrperson» im Revolutionsdeutsch) malt eine Farbe aufs Blatt: Hat der Schüler seine eigene Zielnote (etwa 6 statt 5 in Deutsch) übertroffen, dann erscheint Pink. Hat er sie exakt erreicht, dann Grün. Liegt er darunter, dann Orange

Erfolgslebnisse?

Damit möchte die OSW allen Schülern «Erfolgsergebnisse» ermöglichen, «indem wir uns am individuellen Lernstand» orientieren, wie es in einem vertraulichen Papier heisst, das mir vorliegt. «An der OSW setzen sich die Schüler:innen (!) mit ihrem individuellen Anspruchsniveau auseinander», heisst es weiter auf Quarkdeutsch. Mit anderen Worten: Wer schlau ist, setzt sich eine Zielnote, die eindeutig unter seinem Potential liegt, das beschert ihm dauerhaft «Erfolgslebnisse» (und mehr Zeit, um Videogames zu studieren).

Triumph des Minimalismus

Gewiss, die OSW betont, dass für die «Setzung der Zielnote» die Lehrer und die Eltern miteinbezogen werden. Es wird mit dem Schüler also über dessen Noten verhandelt. Was für ein Heidenspass. Wir Eltern müssen demnach nicht nur den Lehrer bezahlen, der seine Arbeit nicht mehr ausführt, sondern wir haben die

Arbeit auch noch für ihn zu erledigen. Denn darum geht es am Ende (abgesehen von der Ideologie der Anti-Leistungsgesellschaft):

Der Lehrer (obwohl die meisten Lehrer das gar nicht verlangen) wird von scheinbar mühseligen Aufgaben entlastet. Denn es ist mühselig, einem Schüler eine schlechte Nachricht in Form einer schlechten Note zu überbringen. Er mault, sie weint, die Eltern holen den Anwalt. Stattdessen wird dem Lehrer sehr viel Bürokratie aufgebürdet, denn das Management dieses neuen «Notensystems» ist kein Vergnügen. Ich habe die entsprechenden Excel-Tabellen gesehen: Horror.

Sind Noten «lernhinderlich»?

«Wir sind der Überzeugung, dass die Noten häufig lernhinderlich sein können», steht in diesem Papier. Aha. Haben wir je darüber abgestimmt? Gibt es dafür empirische Evidenz? Wer ist da «wir»?

Was an unseren Schulen derzeit unter dem Radar der Öffentlichkeit von ungewählten, aber von uns bezahlten Funktionären vorangetrieben wird, ist tatsächlich eine Revolution. Lenin fragte 1917 schliesslich auch keinen Russen, ob er in den nächsten 74 Jahren in der Sowjetunion leben möchte.

Übrigens dürfen die Lehrer laut Papier der OSW im «Hintergrund» dann doch Noten setzen, ohne sie dem Schüler aber zu zeigen: Eine 6, wenn Lernziel übertrroffen, eine 5, wenn erreicht, eine 4 für «teilweise erreicht», eine 3, wenn «nicht erreicht». Oder um es mit William Shakespeare, einem englischen Schriftsteller, der sich nie in der Lilo aufhielt, zu sagen: «Ist dies schon Wahnsinn, so hat es doch Methode».

Markus Somm

Wir danken Markus Somm herzlich für die Erlaubnis zum Zweitabdruck seines obigen «Memos» aus dem Nebelspalter.

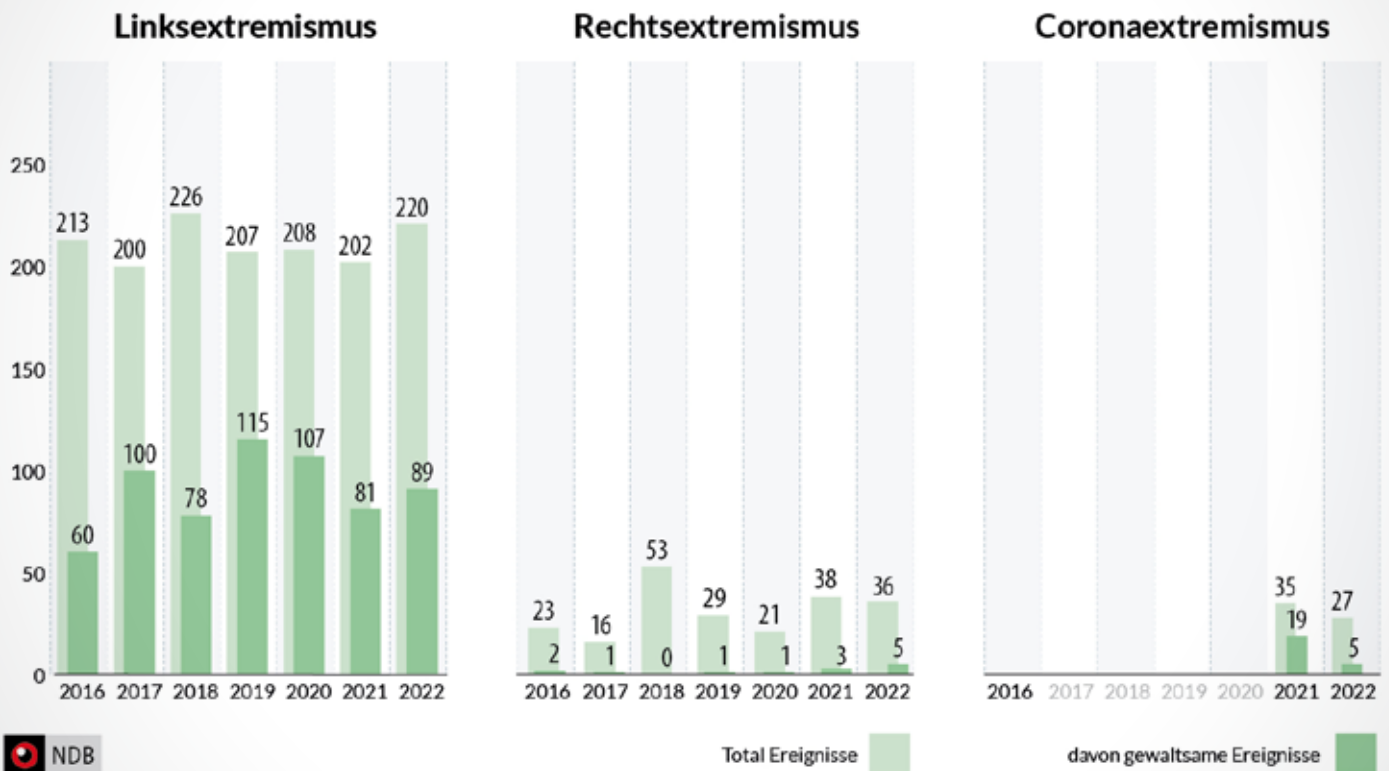
«**Das aktuelle Zitat**»

«Diese Regierung ist eine Dampfwalze, die über unser Land rollt. Was diese Leute fast jeden Tag von sich geben, ist so lächerlich, so fernab von Realität und Mehrheit in diesem Land, so gefährlich für die wirtschaftliche Zukunft von Millionen Menschen, dass man es nur noch mit Humor erträgt. Die Regierung ist zu ihrer eigenen, steuerfinanzierten Satire-Show geworden.»

Julian Reichelt, Ex-«Bild»-Chefredakteur, auf dem Online-Portal «Nius» am 27.2.2024

Die linke Mär vom rechten Extremismus

Dem NDB gemeldete gewaltextremistisch motivierte Ereignisse seit 2016 (ohne Schmierereien)



Massiver Anstieg der Ausländerkriminalität

Die Stunde der Relativierer

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Kürzlich haben Bund und Kantone ihre Kriminalstatistiken 2023 publiziert. Die Zahlen sind dramatisch.



Die im vergangenen Jahr verübten Straftaten erreichen Höchstwerte, und die von Ausländern begangene Kriminalität ist erneut gestiegen. Im Erfassungsjahr 2023 wurden in unserem Land weit über eine halbe Million Delikte verübt, und über 90'000 Personen wurden beschuldigt, gegen das Strafrecht verstossen zu haben. Von den Schweizern wurden 44 Prozent, von der ständigen ausländischen Bevölkerung 32 Prozent, von Personen mit Asylstatus 4 Prozent und von nicht hier lebenden Ausländern beinahe 18 Prozent aller Straftaten begangen. Zur zuletzt genannten Gruppe zählen auch die sogenannten Kriminaltouristen.

Konkret bedeutet dies, dass es sich bei nahezu 56 Prozent aller ermittelten Straftäter um Nichtschweizer handelt. Und die Mär, dass die hier wohnhaften Ausländer nicht krimineller seien als die Schweizer, wird mit der aktuellen Kriminalstatistik eindeutig und erneut widerlegt. Zudem ist bedenklich, dass der Anteil Straftäter unter den Asylbewerbern drastisch gestiegen ist – und dass jene aus dem Maghreb, der Ukraine, Afghanistan und Eritrea markant übervertreten sind. Gerade die hohe Zahl an ukrainischen Tätern ist in Anbetracht unserer Willkommenskultur ein Schlag ins Gesicht jedes rechtschaffenen Bürgers.

Was nicht sein darf, kann nicht sein! Jetzt kam natürlich das, was in solchen Fällen immer kommt. Für die Mainstream-Medien durften diese Fakten natürlich nicht sein, und es war anfänglich schwierig, die harten Zahlen des Bundesamtes für Statistik, der Polizei und der Strafverfolgung als Lügengebilde abzutun. Somit war Kreativität angesagt, gefolgt vom Griff in die Trickkiste. Es schlug die Stunde der Relativierer. Ich nenne hier als Beispiel Dirk Baier, Leiter des Instituts für Delinquenz und Kriminalprävention an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: Der hohe Ausländeranteil wird damit begründet, dass sich Gewalt innerhalb eines Milieus abspiele, und wenn es zu Straftaten in einer Asylunterkunft komme, dann seien die Täter logischerweise in der Regel Ausländer.

Was nicht sein darf, kann nicht sein!

«In der reichen Schweiz mit von der Partei sein» Mit von der PatZudem möchten – so Baier – in einem reichen Land wie die Schweiz Asylbewerber auch bezüglich Konsum mit von der Partei sein, was aufgrund des minimalen Taschengelds nur mit Eigentumsdelikten

kompensiert werden könne. Schlussendlich tendiere das Risiko für einen Schweizer, Opfer eines durch einen Ausländer begangenen schweren Verbrechens zu werden, statistisch betrachtet gegen null. Für die Öffentlichkeit sei das perfekte Opfer eine junge Schweizer Frau oder eine ältere Person, die unschuldig und wehrlos erscheine. Dagegen passe das männliche ausländische jugendliche Opfer nicht in dieses Narrativ.

Vielleicht sollte man in Anbetracht der steigenden Ausländerkriminalität auch mal in Betracht ziehen, dass sich Herr und Frau Schweizer nicht viel wohler fühlen, wenn bei einem Tötungsdelikt in ihrer Nachbarschaft Täter und Opfer Ausländer sind. Ein Blick nach Deutschland zeigt die hohe Verunsicherung in der gesamten Bevölkerung, wenn wegen der Clan- (und somit der Ausländerkriminalität) ganze Stadtviertel zu No-go-Areas werden.

Und die massiven Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Eritreern am vergangenen Ostersonntag im Solothurner Gerlafingen waren Straftaten exklusiv im eigenen Ausländermilieu. Wenn 350 Anhänger des eritreischen Machthabers Afewerki eine Fete zelebrieren und diese von 180 Regimegegnern mit Eisenstangen und Stöcken angegriffen werden, dann belastet solch kriminelles Verhalten die Schweizer Bevölkerung in hohem Mass. Und wenn dabei noch eine im Einsatz stehende Polizistin verletzt wird, dann ist es völlig unangebracht, solche von Ausländern begangene Gewalttaten zu relativieren. Schlussendlich hat gerade dieser Vorfall in Gerlafingen den Bürgern erneut eindrücklich vor Augen geführt, dass im Asylwesen vieles falsch läuft.

Markus Melzl

Churz & Bündig

Drei Junge – zwei davon minderjährig – sind verhaftet worden. Unter Terrorverdacht – als mutmassliche IS-Mitläufer. Zwei seien Schweizer Staatsbürger, einer sei Italiener. Kein Wort ist aus den Medien zu vernehmen bezüglich denkbarem oder allenfalls auch nicht existierendem Migrationshintergrund der Verhafteten. Dafür wurde Vernetzung mit unter Terrorverdacht verhafteten Aktivisten in Deutschland teils vermutet, teils als sicher festgestellt. Weshalb dürfen Schweizerinnen und Schweizer eigentlich nicht erfahren, woher unserem Land, unserer Freiheit, unserer Demokratie, unserem Rechtsstaat echte Gefahr droht durch Täter, die sich terroristischer Methoden bedienen?

us

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

«Erfolg» für die Greenpeace-Marionetten

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg hat der Klage der «Klima-Seniorinnen» gegen die Schweiz in zwei Punkten recht gegeben: Die Schweiz habe gegenüber den Klima-Seniorinnen durch ungenügende Klima-Massnahmen EMRK Art.8 «Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens» sowie wegen Abweisung der Klage vor Schweizer Gerichten Art.6 «Recht auf ein faires Verfahren» verletzt. Recht bekommen und Recht haben ist bekanntlich zweierlei. Völlig abstrus ist die Behauptung der Verletzung von EMRK Art.6 betreffend faires Verfahren. Die Beschwerde der Klima-Seniorinnen ging zuerst an das UVEK. Dieses entschied am 26.4.2017, nicht darauf einzutreten. Am 26.5.2017 erfolgte der Weiterzug ans Bundesverwaltungsgericht, welches die Beschwerde am 7.12.2018 mit der Begründung abwies, die Klima-Seniorinnen seien von angeblich ungenügenden Klima-Massnahmen nicht mehr betroffen als andere Leute.

Am 21.1.2019 wurde die Beschwerde ans Bundesgericht weitergezogen, das sie am 5. Mai 2020 abwies, weil die Klägerinnen in ihren Grundrechten auf Leben und Achtung des Privat- und Familienlebens nicht in einem Ausmass betroffen seien, welches eine Verfügung rechtfertige. Zudem stellte das Bundesgericht fest, dass in der

Schweiz Anträge zu aktuellen Politikbereichen auf dem Weg der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten eingebracht werden können. Die Klägerinnen wurden also von Schweizer Instanzen angehört, bekamen aber nicht den von ihnen gewünschten Entscheid. Weil sie, resp. ihr Auftraggeber Greenpeace, aber einen politischen Gerichtsentscheid wollten, zogen sie die Klage am 1. Dez 2020 an den EGMR weiter.

Als 1974 die Schweiz der EMRK beitrug, verlangten diverse Politiker eine Volksabstimmung, weil dieser Beitritt Folgen für die Schweizerische Rechtsordnung habe. Der damalige Bundesrat Pierre Graber lehnte dies mit Verweis auf die in der Bundesverfassung im Grundsatz enthaltenen Menschenrechte ab und behauptete, es sei unvorstellbar, dass die Schweiz vom EGMR verurteilt werde. Das Parlament beschloss damals nicht einmal ein fakultatives Referendum, und die Schweiz wurde unterdessen x-mal mit teils äusserst fragwürdigen, willkürlichen Urteilen konfrontiert. Wichtig ist nun eine sachliche, aber entschiedene Antwort der zuständigen Schweizer Behörden: Wir akzeptieren dieses abstruse EGMR-Urteil nicht, basta! Zu überlegen ist auch ein Austritt aus dem Europarat und der EMRK.

Markus Wäfler, a. Nationalrat EDU, Steinmaur ZH

EDU-Standpunkt – Zeitschrift mit Mehrwert

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Die Monatszeitung zum politischen und christlichen Zeitgeschehen.

Bestellschein

- Ich möchte den EDU-Standpunkt abonnieren zum Preis von CHF 30.– pro Jahr (11 Ausgaben)
- Ich möchte den EDU-Standpunkt kennenlernen. Senden Sie mir gratis einige Probeexemplare.
- Geschenkabo für:

Vorname/Name _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Wohnort _____

E-Mail _____

Datum/Unterschrift _____

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail: info@edu-schweiz.ch; Tel. 033 222 36 37



Die EDU politisiert auf der zeitlosen Grundlage christlicher Werte.

Keineswegs unbedenklich

Das Sicherheitsrisiko der Grosswindräder

von Klaus H. Richardt, dipl.-Ing., Karlsruhe (D)

Mit zunehmender Anzahl von Windrädern an Land (in Deutschland waren es am 31.12.2023 deren 28'677!) die nahe an Siedlungen oder Verkehrswegen stehen, bekommt die Bevölkerung immer öfter mit, wenn spektakuläre Schäden auftreten. Denn Störfälle an Windturbinen sind häufig, jene an Wasserturbinen selten. Man sollte eigentlich annehmen, dass Turbinen mit Flügelverstellung in der Nabe ähnlich konstruiert sind wie bei den Wasserturbinen, damit die gleiche Betriebssicherheit erreicht wird. Leider ist das nicht der Fall.



Das Kernproblem bei Windturbinen: Schlägt der Blitz ein, zerstört er meist die elektronische Steuerung mit den hydraulischen oder elektrischen Stellmotoren, womit das Abstellen der Turbine nicht mehr möglich ist, da Steuerstrom und Steuermöglichkeiten ausfallen. Wasserturbinen hingegen sind fehlersicher. Nachstehend eine Liste mit den häufigsten Störfällen, Stand 2.2.2024:

108 Brände, davon 5 allein im Jahr 2024, 105 Gondel- oder Rotorblattabwürfe, Turmfälle, 12 tödliche Arbeitsunfälle, 17 Kranunfälle, 219 Sonstige Vorfälle.

Technische Fehler und ihre Ursachen

Im folgenden beschäftigen wir uns mit den technischen Fehlern und ihren Ursachen.

Brände

Brände entstehen durch Blitzschlag, Auslaufen und Entzünden von Betriebsstoffen oder thermische Überhitzung an Bauteilen. Moderne Windturbinen sind sehr gross und die höchsten Erhebungen in der Umgebung.

Sie sind alle geerdet und für moderate Blitzschläge ausgelegt, bei stärkerer Entladung nehmen sie jedoch Schaden, sei es durch Brand des Holzkernes der Rotoren, des Schmier- und Steueröles oder durch Ausfall der Steuerelektronik mit Durchdrehen und Zusammenbruch des Rotors mit nachfolgendem Absturz der Gondel.

Auslaufen/Entzünden von Betriebsstoffen

Alle schnell drehenden Lager und Gleitflächen innerhalb von Turbinen und ihren Getrieben werden mit Öl geschmiert; stockt der Ölfluss, kann sich das Öl entzünden und Schäden verursachen. Grosse, langsam drehende Turbinen mit Getriebe, wie die Vestas V172 mit 7,2 MW bringen dabei eine Antriebskraft von 720 Tonnen (!) auf die erste Stufe des Planetengetriebes bzw. bei 95 % Getriebewirkungsgrad eine permanente Aufheizung von 360 Kilowatt Reibleistung. Ohne ausreichenden Ölfluss und dessen Kühlung ist ein Brand vorprogrammiert. Hydraulische Verstelleinrichtungen für die Rotorblätter werden mit Hydrauliköl aus der Gondel über ein Zentralrohr versorgt, das in einem

mit Gleitringdichtungen versehenen Drehteil endet, welches sich mit der Nabe dreht und die Verstellzylinder an jedem Rotorblatt mit 260 bar Drucköl versorgt. Die starken Vibrationen der Nabe verbunden mit dem hohen Betriebsdruck verschleissen die Gleitringdichtungen, was zu häufigen Ölaustritten und Bränden führt.

Rotorblattbrüche

Rotorblätter bestehen aus einem Verbund aus Stahl, Balsaholz, glasfaserverstärktem Kunststoff und Carbon. Sie werden handgefertigt und sind im Aufbau nicht besonders homogen. Dies begrenzt das Schwingvermögen und kann daher zu Überlastungen führen. Turbinen, die für Schwachwind ausgelegt sind, halten Starkwind naturgemäss schlechter aus, statt von vornherein für höhere Windgeschwindigkeiten konzipiert zu werden. Bei zu starkem Wind kann es zum Bruch durch Überlast kommen und «fiese Fasern» aus dem Kohlefaserverbund freisetzen, bei Bränden wird es noch schlimmer, weshalb die Feuerwehr die Abfälle nur mit Schutzkleidung und Atemschutz einsammelt.

Abbrechende, umstürzende Türme

Bricht ein Rotorblatt ab, wird die Unwucht an der Turbinenwelle meist so gross, dass die gesamte Turbine in Schwingung gerät und umstürzen kann. Es kommt zu

Gondelabwürfen und Abbrüchen des Turmes. Neuerdings, bei grossen Turbinen, kommt noch ein Phänomen hinzu: Rissbildung im Turm, vermutlich weil bei Grossmaschinen die Eigenfrequenz des Turmes in der Nähe der Betriebsfrequenz liegt, was zu Resonanzerscheinungen führen kann.

Fehlerminimierung kostet viel Geld

Windräder sind oft gut zugänglich, aber an der Fehlersicherheit wird gespart, wirtschaftliche sowie Personenschäden werden fahrlässig in Kauf genommen. Jedes Wasserkraftwerk kann automatisch abschalten, selbst bei ausfallender Steuerung. Das wäre auch bei der Windkraft möglich, kostet aber viel Geld. Man sollte ernsthaft überlegen, ob man weiterhin Windräder ohne ausreichende Verstell-, Abschalt- und Brandsicherheit zulässt. Auf alle Fälle müssen mindestens jährliche Inspektionen des gesamten Windrades vorgeschrieben werden, bei Blitzschlag sofort nach dem Vorfall. Will man die bisherige Technik weiter zulassen, muss man die Windräder zumindest im Gefahrenbereich ausreichend abschirmen, auch wenn das Touristen bei ihren Spaziergängen oder Bauern bei der Feldarbeit einschränkt. Zudem müssen die Zuwegungen immer für Schwertransporte und Grosskräne offengehalten werden, um bei Störfällen frühzeitig einschreiten zu können.

Klaus H. Richardt

Linke Anschläge auf die Demokratie

Hinter feindlichen Linien



In der Schweiz geht ein medial erschaffenes Gespenst um – das Gespenst des «Rechtsextremismus». Die Kartellmedien behaupten, dass unsere Demokratie durch rechte Strömungen in Gefahr sei. Wirklich? In den Jahren 2016 bis 2022 erfasste der Nachrichtendienst 4'800 Prozent mehr linksextreme als rechtsextreme Gewalttaten. Die Linksextremen sind also massiv aktiver

und gewalttätiger. Diesen Fakt lassen die Journalisten bewusst weg. Es geht ihnen auch nicht um wahrheitsgetreue Aufklärung, sondern um Beeinflussung der Wähler zugunsten linker Parteien.

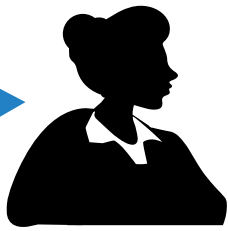
Die politisch motivierte Gewalt geht hauptsächlich von der Linken aus. Sind also Linksextreme eine Gefahr für unsere Demokratie? Dies zu behaupten, wäre zwar eher nachvollziehbar, aber dennoch übertrieben. Wegen einiger hundert Antifa-Schläger aus der linken Szene geht die Schweiz nicht unter. In Gefahr ist unsere Demokratie aber dennoch. Es sind die linksliberalen Politiker, die die Volksentscheide nicht umsetzen. Solche Anschläge auf unsere Demokratie erleben

wir seit Jahren. Von der Masseneinwanderungs-Initiative über die Verwahrungs-Initiative bis zur Ausschaffungs-Initiative gibt es leider genügend solcher Negativ-Beispiele.

Das jüngste Beispiel kommt aus der Stadt Zürich. Dort hat vor rund zwei Monaten die Stimmbevölkerung eine SVP-Volksinitiative angenommen, die Abgangentschädigungen (sogenannte «goldene Fallschirme») an Behördenmitglieder unterbinden will. Ausnahmslos jeder Stadtkreis unterstützte die Forderung der SVP. Obwohl also der Volksauftrag unmissverständlich ist, haben die Linken im Stadtparlament ein Geschäft durchgeboxt, welches Abgangentschädigungen an verschiedene Behördenmitglieder weiterhin erlaubt. Die linken Parteien machen also nur wenige Wochen nach dem Volksentscheid hinterhältig genau das Gegenteil dessen, was das Volk entschieden hat. Und die Kartellmedien schweigen. Nicht ein einziger Zeitungsartikel ist dazu erschienen. Die SVP wird gegen den demokratiefeindlichen Entscheid das Referendum ergreifen und eine neue Abstimmung herbeiführen.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.



Vielfältige *SCHWEIZERZEIT-* Leserschaft



hf. Obwohl erst 30-jährig, hat er bereits eine beeindruckende und vielseitige Laufbahn vorzuweisen. Ich hatte früher das aktive Mitglied der Jungen SVP gelegentlich an Veranstaltungen gesehen – aber richtig wahrgenommen habe ich den damaligen Restaurationsfachmann-Lehrling erst im Jahre 2012, als ich mit meiner Frau das Restaurant «Kreuzen» im solothurnischen Rüttenen nahe der berühmten Verenaschlucht besuchte. Da fragte uns ein eleganter, tadellos gekleideter junger Kellner mit besten Manieren nach unseren gastronomischen Wünschen, und bald kam das kurze Gespräch (soweit im «Dienst» überhaupt möglich) auf die Politik. Für seine Abschlussarbeit machte er mit mir im Bundeshaus ein Interview über Sicherheitspolitik, und ich habe seine beruflichen und politischen Stationen seither mit Interesse und Respekt verfolgt.

Adrian Spahr (adrian-spahr@hotmail.com)



«Ich bin am 27. Februar 1994 in Biel geboren und im bernischen Lengnau aufgewachsen und wohne – nunmehr als Vize-Gemeindepräsident – immer noch dort, weil ich mich in meiner Heimatgemeinde wohlfühle. Zudem bin ich Präsident der Jungen SVP Kanton Bern, und am 19. Mai werde in den Grossen Rat (Kantonsparlament) des Kantons Bern nachrücken. Doch der Reihe nach!»

*

Als Junior spielt Adrian Spahr intensiv Fussball beim FC Lengnau und kurze Zeit beim FC Grenchen, zudem ist er ein angefressener «Töfflibueb». Dann folgt der Ernst des Lebens. Er macht von 2011–2014 eine dreijährige Lehre als Restaurationsfachmann EFZ im

bereits erwähnten Restaurant Kreuzen und besucht die gewerblich-industrielle Berufsfachschule Solothurn. Seine Abschlussarbeit über die Sicherheitspolitik der Schweiz zeigt, dass ihn Politik schon damals sehr interessiert hat. Und schon bald ergeben sich bei Bundeshaus- und Versammlungsbesuchen regelmässige Kontakte vor allem mit SVP-Politikern.

Danach absolviert er «mit Freude und Stolz» die RS als Panzergrenadier («Gefechter») sowie die Unteroffiziersschule der Panzertruppen. Dann verdient er eine RS als Wachtmeister ab. Heute ist er militärisch immer noch aktiv und leistet seine WK in einem Panzerbataillon als Panzergrenadier-Unteroffizier. Und selbstverständlich fordert er, dass die Armee endlich die nötigen Mittel bekommt, damit sie ihren verfassungsmässigen Kernauftrag («Die Armee dient der Kriegsverhinderung; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung») wieder erfüllen kann.

Beruflicher und politischer Werdegang

Anschliessend arbeitet Adrian Spahr wieder für kurze Zeit im angestammten Beruf. Ende 2015 durchläuft er erfolgreich die Rekrutierung bei der Kantonspolizei Basel-Stadt, und ab März 2016 besucht er die interkantonale Polizeischule in Hitzkirch (IPH) und schliesst sie mit dem eidgenössischen Fachausweis als Polizist ab. «Bis 2020 war ich dann in Basel-Stadt im Einsatz. Es war eine sehr lehrreiche Zeit, gerade in einem Grenzkanton wie Basel-Stadt ist immer viel los, und man macht in wenigen Jahren viele Erfahrungen.» Dann, um wieder näher bei der Politik zu sein, wechselt er im August 2020 ins Generalsekretariat der SVP Schweiz, wo er zunächst als Sachbearbeiter tätig ist. Heute ist er Kommunikationsmitarbeiter und verantwortlich für die Delegiertenversammlungen.

Schon 2012 ist er der Jungen SVP Kanton Bern beigetreten. «Die Lehre und die dortige Staatskunde haben mich politisch richtiggehend elektrisiert.» Und bald wird er Mitglied der SVP-Ortssektion Lengnau und nach ein paar Jahren Vorstandsmitglied der Jungen SVP Kanton Bern. 2017 wird er zusammen mit Nils Fiechter zum Co-Parteipräsidenten der Jungen SVP Kanton Bern gewählt. 2018 erreicht er bei den



Brevetierung zum Polizisten

Grossratswahlen trotz starker Konkurrenz den 1. Ersatzplatz. Und 2019 schafft er auf der Nationalratsliste der Jungen SVP Kanton Bern das beste Resultat.

«2022 trat ich erneut bei den Grossratswahlen an, ich verpasste die Wahl jedoch ganz knapp und erreichte den 1. Ersatzplatz. Mehr und mehr wurde mir bewusst, dass mein Heimatdorf vor allem durch die Zuwanderung immer grösser wird (+21 Prozent Wachstum in zehn Jahren). Der Ausländeranteil hat sich in dieser Zeit von zwanzig auf dreissig Prozent erhöht, alles wird überbaut und Grünflächen verschwinden.» Darum tritt er für die SVP bei den Gemeinderatswahlen (Exekutive) in seiner Heimatgemeinde an. Am Wahltag dann das überwältigende Resultat: Als neuer Kandidat erreicht er das beste Resultat und übertrifft mit über hundert



Panzergrenadier Spahr im Einsatz

Stimmen Vorsprung sogar die bisherige SP-Gemeindepräsidentin. Die SVP legt zwei Sitze zu und hält nun drei von sieben Sitzen.

«Aufgrund dieser Situation trat ich mit Unterstützung der SVP und der FDP Lengnau in einer zweiten «Runde» gegen die SP-Gemeindepräsidentin an. Diesen Kampf konnte ich leider nicht für mich entscheiden, ich holte jedoch bei der Majorzwahl 43,4 Prozent aller Stimmen an der Urne und wurde anschliessend zum Vize-Gemeindepräsidenten gewählt. Und kürzlich habe ich die Mitteilung bekommen, dass unsere SVP-Grossrätin Christine Gerber aus beruflichen Gründen zurücktritt und ich nun als 1. Ersatz im Mai nachrücken darf. Ich erachte es als grosse

Ehre, dass ich meine Gemeinde im Gemeinderat und zugleich meine Region im Kantonsparlament vertreten darf. Und ich bin dankbar und stolz, dass ich meine Ziele mit harter Basisarbeit erreicht habe und weder auf Lobbys noch auf Grossspenden von Organisationen angewiesen war. So kann ich politisch unabhängig arbeiten und bin einzig und allein der Bevölkerung verpflichtet.»

Dennoch nimmt sich Adrian Spahr noch Zeit für Hobbies. Wenn immer möglich ist er an der Aare, am Bielesee, bei der Fitness, im Schiesskeller, an Schwingfesten, Vereinsanlässen, an Gölä- und Trauffer-Konzerten und an Chilbis anzutreffen. Auch kocht er gerne selbst zu Hause.

Ein junger Mann, der viel leistet: Gut für die SVP, für Lengnau, den Kanton Bern und die Schweiz!

Hans Fehr

+21% Bevölkerungswachstum in
den letzten 10 Jahren: Jetzt ist genug!

**DAMIT UNSER DORF
EIN DORF BLEIBT!**

Adrian Spahr
in den **Gemeinderat**

2x auf Ihre Liste

LISTE 2
SVP UDO

Damals im Wahlkampf für den Gemeinderat


Büchertisch
BESTSELLER**Verheimlicht, vertuscht, vergessen**

Was 2023 nicht in der Zeitung stand

Gerhard Wisniewski

Das Jahrbuch nicht vermittelter Medienmeldungen: Eine Chronologie, welche lückenhafte, tendenziös-verzerrende, den Leser gänzelnde Berichterstattung entlarvt und mit den realen Fakten, welche

zu verfälschter Berichterstattung führten, konfrontiert.

Kopp, Rottenburg 2024, 284 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 26.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 23.85

**Ist das euer Ernst ?**

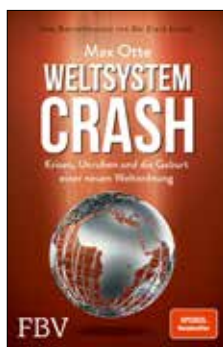
Aufstand gegen Idiotie und Ideologie

Peter Hahne

Gepfefferte, präzise treffende, glänzend unterhaltende Kommentare zu den Idioten, die uns links-grüne Chaos-Politiker und ihre Mediengefolgschaft täglich einzureden versuchen. Aufgeblasenes «Problembewusstsein» gegenüber behaupteter Klimakatastrophe nimmt Hahne

ebenso aufs Korn wie die Woke-Ideologie und masslose Übertreibungen, die lediglich totalitären Machtanspruch tarnen.

Quadriga, Köln 2024, 141 S., geb., (Richtpreis Fr. 17.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 15.75

AKTUELL**Weltsystem Crash**

Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung

Max Otte

Max Otte, Währungs- und Finanzspezialist, unabhängiger Anlageberater, betrachtet den Crash, den Zusammenbruch des in Überschuldung versinkenden Währungs-

systems als letztlich unausweichlich. In seinem Buch belegt er dies ausführlich und rät, wie man sich drohendem Schaden entziehen kann.

Finanzbuch, 2020 (2019), 639 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.05

**Die Wuhan-Verschörung**

und das erschreckende Wettrüsten mit Biowaffen

Robert F. Kennedy Jr.

Der Autor, unabhängiger Präsidentschaftskandidat in den USA, durchdringt sorgfältig belegt unglaubliche veröffentlichte Behauptungen über den Ursprung der Corona-Pandemie. Er stützt sich dabei auf unabhängige, sich jeglicher Bestechung entziehende Beobachtungen und Schlussfolgerungen. Ein Buch, das weltweit Aufsehen erregt.

Kopp, Rottenburg 2024 (2022, Copyright beim Autor), 864 S., geb., (Richtpreis Fr. 40.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 36.45

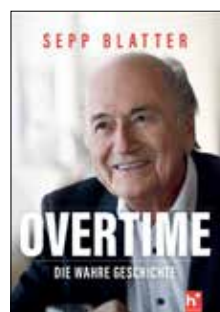
**Die Kommunistin**

Sahra Wagenknecht: Eine Frau zwischen Interessen und Mythen

Klaus-Rüdiger Mai

Sahra Wagenknecht ist zweifellos eine interessante Schlüsselfigur im Rahmen des politischen Niedergangs, der Deutschland heimsucht. Sie entzieht sich den etablierten Roten, anerkennt Masseneinwanderung als Bedrohung und versucht, eigenständigen Linken den Weg in eine bessere Zukunft zu zeigen. Als früher gesuchte Talkshow-Teilnehmerin ist sie in ganz Europa bekannt.

Europaverlag, München 2024, 288 S., geb., (Richtpreis Fr. 33.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 30.15

SCHWEIZ**Overtime**

Die wahre Geschichte

Sepp Blatter

Die Autobiographie des schliesslich vom Thron des Weltfussballverbands gestossenen Mr. Fussball. Blatter schildert sowohl seinen Werdegang als auch die Hintergründe seiner Entmachtung: Interessant zu studieren, fesselnd zu lesen. Vorwort von Altbundesrat Ueli Maurer.

Helvetia Verlag, Bern 2024, 144 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 36.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 33.20

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

ZEITGESCHICHTE

Queen Elizabeth II.*Ihr Leben in Bildern***David Souden**

Ein eindrücklicher, umfassender, gut gegliederter Bildband über Leben und Wirken der weltweit geschätzten englischen Königin, die von 1926 bis 2022 viele Jahrzehnte euro-

päischer Geschichte mitgeprägt hat.

Weltweit wurde ihr hohe Achtung gezollt. Der Bildband ruft in Erinnerung, wie sie das öffentliche Leben mitgestaltet hat und wie die Öffentlichkeit ihr Wirken erfahren und gewürdigt hat.

Prestel, München (London, New York) 2022, 240 S., geb., sehr reich ill., (Richtpreis Fr. 37.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 34.10

BUCHZEICHEN

Krise als Mittel zur Macht*Mit einem Vorwort von Thilo Sarrazin***Fritz Söllner**

Krisen häufen sich derzeit in Europa in horrendem Tempo. Sie werden von Regierenden und Funktionären allesamt genutzt, um demokratische Mitentscheidungsmöglichkeiten einzuschränken, um Regierungsmacht zu stärken.

Gefährliche, Europa Schaden bereitende zentralistische Machenschaften, die ohne aus Krisen abgeleitete Sondervollmachten kaum durchzusetzen wären, lenken das Geschehen in Bahnen, welche Bürgerinnen und Bürger freiwillig niemals wählen würden. Die Demokratie ist bedroht — von oben!

LangenMüller, München 2022, 318 S., geb., (Richtpreis Fr. 32.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.60

Bestellschein

Schweizerzeit

BESTSELLER

- Verheimlicht, vertuscht, vergessen **à Fr. 23.85**
 Ist das euer Ernst? **à Fr. 15.75**

AKTUELL

- Weltsystem Crash **à Fr. 31.05**
 Die Wuhan-Verschörung **à Fr. 36.45**
 Die Kommunistin **à Fr. 30.15**

SCHWEIZ

- Overtime **à Fr. 33.20**

ZEITGESCHICHTE

- Queen Elizabeth II. **à Fr. 34.10**

BUCHZEICHEN

- Krise als Mittel zur Macht **à Fr. 29.60**

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Tel-Nr.: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(08/19.04.2024)

SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11Uhr

Am 22. April, 10Uhr: Nationalrat Markus Ritter,
Präsident des Bauernverbands, über die Situation
der Bauern in der Schweiz und in Europa.

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

3. Mai 2024

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schliuer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Anian Liebrand

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Hans Fehr, Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex
Grendelmeier, Tis Hagmann, Hermann Lei, Markus
Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler, Thorsten
Polleit, Ulrich Schliuer, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
062 205 75 75, info@dietschi.ch

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Finanzen, Organisation: Daniela Locher

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Auf dem einen Auge blind

Viel ist in letzter Zeit geschrieben worden über vermeintlichen Rechtsextremismus im Zusammenhang mit der Jungen SVP. Der Auslöser der ausufernden, fast schon pathologisch anmutenden Medien-Hysterie: JSVP-Strategiechefin Sarah Regez hat vor einem Jahr einen Vortrag besucht, an dem mit Martin Sellner auch eine vom Medien-Mainstream als «Persona non grata» verunglimpfte Person teilgenommen hat.

Diese Debatte ist aus verschiedener Hinsicht heuchlerisch. Viel eher sind es die Linken, die ein Problem mit dem Linksextremismus in ihren Reihen haben. Doch bezeichnenderweise schaut der Medien-Mainstream gekonnt weg. Keine Sondersendungen, keine Distanzierungswellen und kein Druck auf SP und Grüne, sich von Extremismus abzugrenzen. Dabei gäbe es für die Medien viel über linksextreme Verstrickungen zu berichten – wenn sie denn wollten.

Da gibt es z.B. die St. Galler Juso-Stadtparlamentarierin Miriam Rizvi. Ende März 2024 wurde bekannt, dass sie wegen einschlägigem Vandalismus (Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung etc.) verurteilt wurde. Sie ist vorbestraft, besprayed ein Restaurant und wurde von der Polizei verhaftet. Führt solches Verhalten zu Rücktritt oder Parteiausschluss? Für die Jusos kein Thema. Auch vielen Medien (z.B. der SRG) war die Verurteilung gerade mal eine Randnotiz wert. Dieselben Jungsozialisten

kreuzten dafür an der Unterschriften-Übergabe für die SVP-Nachhaltigkeitsinitiative in Bern auf, störten die Versammlung und fordern mittlerweile offen von den anderen Parteien, die SVP komplett zu boykottieren. Ist solch totalitäres Gebaren nicht einer der entscheidendsten Gradmesser jeder Extremismus-Definition?

Erinnern Sie sich noch an den Februar 2022? Damals schloss sich SP-Nationalrat und Ex-Juso-Präsident Fabian Molina einem linksextremen Saubannerzug durch die Zürcher Innenstadt an. Kurz darauf publizierte Molina dazu ein Bild von sich an der Kundgebung. Ein gewählter Parlamentarier in der Nähe des Schwarzen Blocks und auf Kuschelkurs mit Linksextremen: Der Medien-Mainstream lässt es ihm durchgehen und hofiert den Berufspolitiker weiter.

Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) registriert seit Jahren ein Vielfaches mehr gewaltsame Ereignisse aus der linksextremen Szene als aus dem rechtsextremen Lager. Trotzdem vermittelt der Medien-Mainstream, wegen eines Treffens einer Jung-SVPLerin stünde die Machtergreifung à la 1933 kurz bevor. Jeder Extremismus ist ungesund und muss bekämpft werden – doch wahrhaft die Relationen und nimmt die Linken endlich in die Verantwortung!

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt**